

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 3. bis 9. Febr. 55 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 70 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf. Verlammlung, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 34.

Samstag, 9. Februar 1924.

31. Jahrgang.

Was will die Sozialdemokratie?

Sie will

ein einiges, freies und starkes Deutschland!

ein menschenwürdiges Dasein für jedermann,

Brot und Arbeit für alle!

für die Arbeit Recht und Gerechtigkeit!

für die Arbeiterschaft den ihr zukommenden politischen Einfluß im Staat zur Erfüllung der Republik mit sozialem Geist;

für das ganze Volk Teilnahme an den hohen Gütern der Bildung und der Kultur;

Verständigung der Völker zur Sicherung des Friedens, des Lebens und der Freiheit aller!

Sie bekämpft

den kapitalistischen Klassenegoismus;

jede Ausbeutung der Not des Volkes;

die völkerverderbende Haß- und Kriegshebe;

die Diktatur des Großkapitals.

Nur in der Erfüllung dieser Ziele winkt dem deutschen Volke Rettung!

Alle, die daran mitarbeiten wollen, gehören auf die Seite des Volkes, gehören in die Reihen der sozialdemokratischen Partei!

Wählt alle sozialdemokratisch!

Liste Gustav Ehlers!

Ein notwendiger Trennungsstrich

C. G. Lübeck, 9. Februar 1924.

Die letzte Wahlversammlung der Sozialdemokratie hat einen klaren und wohlbegründeten Trennungsstrich gegenüber den Kommunisten gezogen. Es mußte sein: denn deutlich genug haben im Verlauf des Wahlkampfes in Lübeck die Kommunisten gezeigt, daß sie ein bösartiger Gegner der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um politischen und kulturellen Aufstieg sind. Die Illusion, als ob die kommunistische Partei die treueste Hüterin marxistischer Tradition sei, als ob sie sozialistische ideale Ziele in der reinen Ausprägung hochhalte, ist längst verlogen. Vom Sozialismus redet in der kommunistischen Partei kein Mensch mehr — nur noch vom bewaffneten Aufstand gegen die Republik. Und der echte Kommunist denkt, wenn er an den bewaffneten Aufstand denkt, in erster Linie an Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die Einsperrung und Erziehung sozialdemokratischer Führer.

Das geistige Leben in der kommunistischen Partei erschöpft sich in dem monotonen Herbeten von einigen wenigen Formeln: Liquidierung der Sozialdemokratie — Entlassung sozialdemokratischer Führer — Aufstand — Bürgerkrieg, Diktatur des Proletariats. Das sind Glaubenssätze, die verpflichtend sind für jeden Kommunisten. Er darf nicht über sie nachdenken und diskutieren, noch viel weniger darf er prüfen, wie sie sich mit den realen Machtverhältnissen in Deutschland vereinbaren lassen. Denn die kommunistische Partei in Deutschland empfängt ihren geistigen Inhalt und ihre taktischen Richtlinien von den Hohenpriestern der Dritten Internationale in Moskau, deren Wort sakrosankt ist. So kommt es, daß die Kommunisten deutsche und soziale politische Verhältnisse nicht so sehen, wie sie sind, sondern wie man sie in Moskau sieht — und dort verkennet man sie gründlich. Man hält dort die deutschen Arbeiter für russische Muschikts, und man vergleicht das deutsche Bürgertum mit dem feilen, innerlich und zahlenmäßig schwachen Gesindel der neuen russischen Schieberbourgeoisie.

So reden die Kommunisten deutschen Arbeitern ein, sie brauchen nur ein paar Gewehre abzufallen und ein paar Handgranaten zu werfen, so werde das deutsche Bürgertum in die Knie sinken, die kommunistische Zentrale in Sibirien die Diktatur verkünden, und die deutsche Krise werde gelöst sein. Alle Arbeitslosigkeit und alle Not verschwindet auf Befehl der kommunistischen Zentrale, und die soziale Frage ist gelöst. Nach den ernsten Problemen praktischer Verwaltung und Wirtschaftsführung braucht ein echter Kommunist nicht zu fragen.

Und doch sprechen selbst die russischen Erfahrungen mit der kommunistischen Taktik eine deutliche Sprache! Im Jahre 1921 — nach vier Jahren Sowjet Herrschaft — zog Lenin auf dem allrussischen Sowjetkongreß das Jajit seines Systems. Er stellte fest, daß die Sowjets schlechter verwalteten und die Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industrieprodukten versorgten, als die Kapitalisten es getan hatten. Nach vier Jahren Sowjet Herrschaft stellte er die Forderung auf: die Sowjets müssen lernen, zu verwalten und zu versorgen. Viele vier Jahre des Experimentes haben die ganze russische Produktion ins Stocken gebracht, und sind von der Industriebewölkerung mit grenzenlosem Elend heimgesucht worden. Und doch: Rußland ist ein Arealand. Der russischen bedürftigen Bevölkerung ist es möglich, in der Reproduktion ihr Leben zu führen, wenn der Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat vermag. Der Industriearbeiter kann zurückkehren auf die weiten Flächen — und er ist in dieser Zeit des Experimentierens zurückgekehrt.

In Deutschland aber sind die Probleme der Verwaltung und der Versorgung ungleich komplizierter als in Rußland. Wenn in Deutschland der komplizierte Produktionsapparat nicht vier Jahre, sondern ein Jahr ins Stocken gebracht wird, so ist die Folge der Hungertod der Industriebewölkerung. Wie soll die Industriebewölkerung in den Zentren ernährt und versorgt werden, da die deutsche Landwirtschaft ohnehin nicht zur Versorgung des Volkes ausreicht? Auf diese Fragen hat die kommunistische Partei nur die Antwort: die Diktatur des Proletariats wird diese Fragen lösen. Das ist ungefähr das geistige Niveau eines Sibirieninsaniers, der von seinem Feilsch die Regulierung von Blig und Donner, Sonne und Wind erwartet.

Im Augenblicke, wo eine kommunistische Diktatur in Deutschland errichtet würde, hätte sie mit dem inneren Widerstand der großen Mehrheit des Volkes zu rechnen. Denn weder das deutsche Bürgertum noch die deutsche Arbeiterschaft ist erfüllt von dem großen Fatalismus des russischen Bauern. Sie würden sich zur Wehr setzen, und die Folge wäre der Zusammenbruch der deutschen Produktion und der gemeinsame Untergang von Arbeiterschaft und Bürgertum in einem Chaos des Grauens. Kein denkender Politiker, und vor allem kein Sozialist, darf es auf dieses Experiment antommen lassen, sondern er wird versuchen, auf dem Wege zum Wiederaufstieg und zum Sozialismus vorwärts zu kommen unter Ausschaltung der vernichtenden Kräfte. Er wird vor allem dabei beachten, daß das Leben und die Wohlfahrt der Bevölkerung der Zweck seiner Tätigkeit ist, und daß jedes politische Mittel, daß sie berührt und schädigt, zweckwidrig ist. Die Kommunisten aber wollen, um ein starres Dogma zu verwirklichen, experimentieren und dabei Leben und Wohlfahrt des Volkes, und vor allem der Arbeiterschaft, als Einziges bezahlen. Eine solche Partei ist keine Arbeiterpartei. Für sie sind die Arbeiter nur das Salz der Weltgeschichte, Kanonenfutter, wie sie für das alte wilhelminische Regime in Deutschland Kanonenfutter waren.

So bildet sich in der kommunistischen Partei aufs neue jene futurfeindliche, dunkle und brutale Gesinnung, die über Wohl und Wehe der Menschen fühllos dahinschreitet, jener finstere, un-

An alle Frauen!

Im letzten Augenblick vor der Wahl steht wie beim Volksentscheid in einem Flugblatt an die Frauen die alte verlogene Hehe gegen die sozialdemokratische Partei ein.

Wir Frauen Lübeck's wissen sehr genau, wenn wir Not und Elend zu verdanken haben. Das Großkapital hat erst zum Krieg geführt, dann hat es Kriegsgewinne gesammelt und immer größere Banken gebaut. Nach dem Kriege hat es das ganze Volk ausgeplündert!

Weshalb verdienen unsere Männer so wenig? Weshalb haben soziale deutsche Kinder hungern müssen und müssen sie heute noch hungern und freieren?

Frauen! Mütter!

Neue Not, Vergrößerung des alten Elendes wird es nur hervorrufen, wenn Ihr den Parteien des Großkapitals und der Banken eure Stimme gebt.

Die Liste der Volksausbeuter, des Großkapitals und der Banken ist die Liste Thiel. Keine einzige Frau darf diesen Ausbeutern des Volkes ihre Stimme geben.

Mütter!

Man redet Euch von der Gefahr für Schule, Kirche, Religion und Sittlichkeit. Aber man belügt Euch. Unsere Gegner wissen genau, daß die Sozialdemokraten es waren, die alle kommunikativen Angriffe gegen das religiöse Gefühl abgewehrt haben. Sächlich kann man uns nichts anhaben, deshalb greift man zu Lügen und Hehe.

Niemand hat zur Seele des Volkes und des Kindes eine größere Liebe als wir Sozialdemokraten. Aber wir wollen freie Seelen, freie Menschen.

Wer vergiftet die Schulen mit Heh und Hehe? Wer stachelt die Kinder auf gegen den Staat und gegen die Allgemeinheit? Der Nationalsozialismus und deutschnationale Lehrer und Professoren! Aber nicht Sozialdemokraten!

Der erste Sozialdemokrat achtet die religiöse Überzeugung jedes Mitmenschen wie seine eigene. Jede Religion soll ihre Freiheit haben. Heuchelei und Gewissenszwang aber sind zu bekämpfen.

Frauen! Mütter!

Die Sozialdemokratische Partei hat uns die Gleichberechtigung erkämpft. Ihr verdanken wir das Wahlrecht. Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit. Sie geht ganz besonders auf die Hilfe der Frauen, um mit dem Heh und der Lüge in der Welt aufzuräumen.

Keine einzige Frau kann ihre Stimme der Liste der Lüge und Ausbeutung geben, keine Stimme der Liste Thiel.

Alle Frauen wählen: Gustav Ehlers.

Die sozialdemokratischen Frauen von Lübeck.

Das wahre Gesicht.

Die Drohung mit der Hungerpest.

In dem verlogenen Flugblatt der Wirtschaftsgemeinschaft wenden sich die Unternehmer an die Erwerbslosen und sagen:

Ihr alle wißt, daß es wieder arbeitslos geht! Wir alle haben es erlebt, wie in den Wochen nach dem Volksentscheid die Arbeitslosigkeit gewaltig zurückging, in Lübeck fast ganz allein von allen deutschen Städten! Wollt Ihr, daß das alles wieder umsonst sein soll?

Das ist ein sehr deutlicher Wink mit dem Baunspieß. Das heißt: Ihr Arbeiter, wenn ihr es wagen werdet, in Massen sozialdemokratisch zu wählen, so werden wir euch arbeitslos machen und aufs Pflaster werfen. Wenn ihr aber uns Gefolgschaft leistet, so werden wir euch belohnen — durch Abbau der Arbeitslosigkeit.

Damit sei die Wirtschaftsgemeinschaft das wahre Gesicht. Unternehmensräte und Unternehmensräte sind nicht darob. Es ist also Unternehmensräte, ob Arbeitslosigkeit herrscht oder nicht! Der Unternehmensrat muß also mit der Sozialdemokratie die Arbeiter zum Verrat an der Sozialdemokratie zwingen!

Wer nicht will, daß die Arbeiter solcher Unternehmensräte ausgeliefert werden sollen, der wähle sozialdemokratisch!

Aus dem Sachverständigenausschuß.

Der erste Sachverständigenausschuß hielt am Freitag nachmittags eine Plenarsitzung ab. Für Sonnabend nachmittags ist vorgesehen, daß der Sachverständigenausschuß den Staatssekretär Rißler und Ministerdirektor Forst vom Reichsfinanzministerium anhört, während Reichsfinanzminister Dr. Schacht eine weitere Besprechung mit dem Währungsausschuß haben wird.

Spaltung im Zentrum.

Die Opposition gegen die Schwerindustrie.

Böhmum, 8. Februar.

Schon der Brief Dr. Wirths an seinen Freund Noos hat bekanntlich in verführerischer Form angedeutet, daß im Zentrum die Meinungen über die Zentrumspolitik nicht abschließen seien. Das jedoch nicht nur Meinungsverschiedenheiten, sondern sehr schwere grundsätzliche Gegensätze vorhanden sind, ist dem Beobachter der Vorgänge in der Hockura des Zentrums, in Arbeitsland-Weißeln, längst kein Geheimnis mehr. Die Anschauungen des Arbeiterflügels solidieren stark mit denen des Schwerindustriellen. Auch der Zentrumserbeiter kann nicht vergessen, daß der Zentrumsführer Thälmann der erste gewesen ist, der in Form besonderer Denkschriften die Befreiung des Währungsstandes forderte und daß bei den letzten Differenzen über die Arbeitszeit und die Löhne im Bergbau und der Metallindustrie Zentrumsmagnaten am widerwärtigsten waren. Die ersten Auswärtigen in politischer Hinsicht sind die sich bemerkbar machenden Spaltungstendenzen. Der am weitesten linksstehende Arbeiterflügel des Zentrums ist jetzt dazu übergegangen, sich auch offiziell durch eine neue Parteigründung von der Mutterpartei loszulösen. Die neue Partei, deren erste Anhänger schon längere Zeit zurückliegen, heißt „Christlich-sozialistische Arbeitsgemeinschaft“. An vielen Orten im Reichsgebiet sind Stadtkommissionen der Zentrumsfraktion des Zentrums und auch der Kreisräte zu der neuen Partei übergetreten. Am

letzten Dienstag spaltete sich auch die Zentrumsfraktion der Stadt Steele, wo von 18 Fraktionsmitgliedern 10 zur neuen Partei getreten sind. Für Bochum-Dortmund ist die Herausgabe einer Tageszeitung beabsichtigt, während in Düsseldorf eine solche bereits erscheint. Ihre Stütze hat die neue Partei in den örtlichen Gewerkschaftsmitgliedern der Industriegebiete, während auf dem Lande die kleinen Bäcker und Handwerker die Sozialfraktion bilden. Besonders stark ist die ländliche Opposition im Bezirk Vordern, wo der Großgrundbesitz sich in den Händen der Zentrumsgewaltigen befindet. Bei den kommenden Wahlen wird die neue Partei eigene Kandidaten aufstellen.

Sturm im bayerischen Landtag.

München, 8. Februar. (Eig. Drahtb.)

Im Mittelpunkt der Landtagsverhandlungen am Freitag stand die am Donnerstag erfolgte Beschlagnahme der Broschüre des Professors Kolbenbaker durch die Polizei auf Anordnung des Generalstaatsanwalts. Der demokratische Abg. Dr. Müller (Nach am Obersten Landesgericht) erhob aus diesem Anlaß die schwersten Vorwürfe gegen die bayerische Justiz und den Minister des Innern, der die direkte Verantwortung für diese neueste Selbstdemütigung des Herrn v. Ahr trägt. Der Minister des Innern als der zuständige Polizeiminister erwiderte lediglich, daß die Beschlagnahme der Broschüre wegen Beleidigung der bayerischen Staatsanwaltschaft erfolgt sei und daß sich das Gesamtministerium mit der Angelegenheit befaßt. Auf diese vollkommen ungenügende Auskunft des Ministers erhob sich ein Sturm der Oppositionsparteien. Als dann überdies noch ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelte (es standen nun wichtige Bestimmungen bevor), steuerte sich die Erregung der Oppositionsparteien zu einem wahren Tumult der Entrüstung, insbesondere gegen die Bayerische Volkspartei, die offenbar absichtlich die Sitzung ferngeblieben war, um die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. In dem Tumult ergriff der Präsident, der der Bayerischen Volkspartei angehört, zu dem Mittel, die Sitzung kurzzeitig aufzuheben. Daraufhin neue Steigerung der Erregung, die um so berechtigter war, als die Vereinigte Opposition die Auflösung des Landtages für nächsten Dienstag von sich aus in Aussicht genommen hatte, was die Bayerische Volkspartei im Interesse ihres Volkseigenen verhindern will. Nachher fanden interfraktionelle Besprechungen statt, um den Wirrwarr des jetzigen Augenblicks zu überwinden.

Hilfe für Arbeitslose.

Halle, 7. Febr. (Eig. Drahtb.)

Als durchgehende Erwerbslosen-Notstandsarbeit genehmigte der Halle'sche Bauausschuß die sofortige Inanriffnahme der Vorarbeiten zur Errichtung eines Elektrizitätswerkes auf den haldischen Kohlenfeldern. Die Bauzeit ist auf sechs Jahre berechnet. Man will zunächst zahlreiche Erwerbslose mit der Anlage der notwendigen Entwässerungsarbeiten beschäftigen. Die Stadtverordnetenversammlung soll in ihrer nächsten Sitzung die nötigen Beschlüsse fassen.

Der Beamtenabbau im Preußen.

Die preussische Regierung hat sich am Freitag die Beamtenabbau-Verordnung mit den Änderungen des Ständigen Ausschusses des Landtages zu eigen gemacht, so daß die Verordnung nunmehr in Kraft tritt. Die wichtigste Änderung, die der Landtag an der Regierungsverordnung vorgenommen hat, ist die Schaffung eines Kontrollausschusses des Landtages, an den sich neben einer rein juristischen Beschwerdeinstanz die zur Entlassung kommenden Beamten, Angestellten und Arbeiter mit ihren Beschwerden wenden können.

Die Lloyd-George-Entscheidungen.

Englische Entschuldigung.

London, 8. Februar. (Eig. Drahtb.)

Aus Paris wird gemeldet, daß das französische auswärtige Amt mit den Erklärungen der englischen Regierung bezüglich des durch Lloyd George hervorgerufenen Zwischenfalls befriedigt ist und die Angelegenheit damit als erledigt betrachtet.

Die russische Antwort.

London, 8. Februar. (Eig. Drahtb.)

Die Antwort Sowjetrußlands auf die Anerkennungsnote ist hier einetroffen. Wie verlautet, ist sie in freundschaftlichem Tone gehalten und stimmt dem Vorschlag einer Konferenz in London zu und teilt die Ernennung Kalowskis, des bisherigen Leiters der russischen Handelsdelegation in London, zum Geschäftsträger mit.

Kleine politische Nachrichten.

Von dem Hitlerpropheten. Nach Mitteilung eines völkischen Blattes Münchens muß sich Hitler, der bei dem Zusammenstoß am 9. November bekanntlich einen Armbruch erhalten hatte, am 9. November bekanntlich einen Armbruch erhalten hatte. Wiederherstellung der völligen Bewegungskraft des verletzten Armes keinen Erfolg hatten. Ob die Operation noch vor dem Prozeß vorgenommen wird, steht noch nicht fest. Im Zustand des in einer bekannten Münchener Privatklinik untergebrachten Proehner ist nach derselben Quelle noch keine Besserung eingetreten. Die Weiterbildung von Maaen- und Darmgeschwüren, die durch die veränderte Lebensweise in der Haft in ein kritisches Stadium getreten sein sollen, konnte noch nicht verhindert werden.

Kommunistische Demonstrationen. Die Pariser Kommunisten, die seit Tagen mit sehr viel Geschrei eine große Demonstration gegen die Feuerung und zugunsten einer Erhöhung der Löhne und Gehälter angekündigt haben, ohne den Tag zu bestimmen, hatten für Donnerstag ihre Anhänger zu einer Straßendemonstration vor der Depu'tiertenkammer mobilisiert. Die Demonstration wurde durch Polizei und republikanische Garde verhindert.

Das Abkommen über Langer, dessen Beitritt die spanische Regierung von einer Reihe Konzeptionen Frankreichs abhängig gemacht hatte, ist am Donnerstag in Paris unterzeichnet worden, nachdem Spanien auf die ursprüngliche Forderung nach einer territorialen Erweiterung der spanischen Zone von Melilla und Ceuta zugunsten von administrativen und wirtschaftlichen Kompensationen verzichtet hat.

Der Lohnkampf in der polnischen Textilindustrie hat sein Ende gefunden durch ein Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, das die Löhne auf der Grundlage des französischen Franken basiert.

Die heutige Auflage beträgt 38 000.

freie Götterglaube an die Gewalt, jene unwichtige Ueberhebung, die in einem Volke nur totes Material sieht, das man zu irgendwelchen Zwecken leiten und verführen kann wie eine Hammelherde. Jene Gesinnung, die in den Köpfen der Absolutisten und Militaristen sich ausprägte. Wir wissen wohl, daß diese Gesinnung die Rückwirkung der Latache ist, daß im deutschen Bürgertum dieselbe finstere und kulturfeindliche Gesinnung noch in vielen Köpfen haftet, und daß namentlich die großindustriellen Kreise in Deutschland ebenso nach der Gewalt und der Diktatur rufen wie die Kommunisten.

Diese dunkle Gesinnung aber wird nicht überwunden durch den Rückfall. Stellt man der bürgerlichen Gewaltideologie die selbe finstere Gewaltideologie entgegen, so werden wir nie vorwärts kommen. Die kommunistische Taktik zerlegt deshalb die geistige Arbeit, die die Sozialdemokratie für die Verwirklichung ihrer Kulturideale geleistet hat. Sie wirft die Arbeiterschaft zurück in bürgerliche Denkwiese. Sie macht ihre Anhänger zu brauchbarem Material für jeden Demagogen, der auf die Gewalt pocht. So wird die kommunistische Partei zum freundschaftlichen Schmier an der deutschen Arbeiterbewegung. Ihre Ueberwindung ist nötig, um den Arbeitermassen das klare Denken zu geben, das die Voraussetzung sozialistischer Auffassung ist.

Zwei Parteien mit so verschiedener Gesinnung und Willensrichtung wie Sozialdemokratie und kommunistische Partei, sind keine Bruderparteien. Zwischen ihnen ist Kampf, den die Sozialdemokratie führen muß, weil die Verwirklichung des Sozialismus die Ueberwindung der finsternen, reaktionären kommunistischen Gewaltideologie erfordert.

Die bürgerliche Wahlpropaganda.

Wo bleibt die geistige Führung?

Der Wahlpropagandist des „General-Anzeigers“ ist das Konzept völlig verballert. Sie hatten geglaubt, eine persönliche Hehe und Hehekampagne führen zu können wie beim Volkseigentum, damit die „Wirtschaftsgemeinschaft“ im Trüben stehen könne. Sie haben erfahren müssen, daß die Sozialdemokratie über ihre popornmäßige Hehe mit Besichtigung hinweggegangen ist, daß sie ihren Wahlkampf schonungslos aufgedeckt und mit unumstößlichen Tatsachen widerlegt hat. Vor allem aber haben sie erfahren müssen, wie der „Volkseigentum“ in wuchtiger, wohl begründeter Anklage die Schuld der in der Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossenen Parteien am Ruin Deutschlands klargestellt hat.

Gegenüber diesem Anlagematerial sind sie verstimmt. Nur schwächlich unternehmen sie letzte persönliche Heheversuche. Das Bewußtsein ihrer schlechten Sache aber, und das Bemühen, wie innerlich unehrlich ihre eigene Wahlpropaganda ist, verurteilt sie gegenüber unserem tatsächlichen Kampf zur Ohnmacht. Das ist Eingekündnis und Befehnis eigener Schuld!

So zeigt der Verlauf des Wahlkampfes, wo die Sache des Fortschritts und der Zukunft vertreten wird. Der auffällige Mangel geistiger Führung des Bürgerlagers in diesem Wahlkampf muß jedem zu denken geben. Wo eine gute und gerechte Sache vertreten wird, wo um ideale Ziele gekämpft wird, da findet sich die geistige Führung. Wo es aber nur um kleinliche Interessenspolitik geht, da regiert die niedrige Wahlhehe, die persönliche Verleumdung und Hehe. Der kleinen Sache entspricht ein kleiner Geist. Darum löst sich das Lübecker Bürgertum geistig vom „General-Anzeiger“ führen. Da ist nur Stillstand — Fortschritt allein bei der Sozialdemokratie!

Gegen die Pogromhehe baltischer Abenteuer!

In dem zaristischen Rußland peitschten sie ihre Gutsknechte. Im Weltkrieg waren sie russische Offiziere. Nach der russischen Revolution kamen sie nach Deutschland, wurden freiwillige bei den Baltikumtruppen und kämpften gegen die Bolschewisten in der „Eisernen Division“. Später waren sie bei „Eichardt“, bei „Lorenz“ usw. und hielten deutsche Arbeiter nieder. Und jetzt weisen sie als Antikommunisten durch Reich, predigen den russischen Sozialismus, predigen den deutschen echten Sozialismus und hoffen und warten auf irgend ein Durcheinander. Um wieder ihr Landstreicherleben beginnen zu können. Sie sind politische Abenteuerler — sonst nichts. Und das deutsche Volk wird es sich verbitten müssen, daß solche arbeitslosen und gäbellosen Hehellen hies neue Unruhen stiften. Deutschland hat ihnen gern Gehört gewährt — aber wer das Gehört mißbraucht, der muß entsprechend behandelt werden.

Die kommunistisch-völkische Verbrüderung.

Die Lübecker kommunistischen Führer versuchen mit allen Mitteln, ihren Anhängern die Verbrüderung mit den Völkischen zu verheimlichen. Kurzherab werden sie dem Volksboten „Schwimbel“ der Arbeiter-Landende waren Zeuge, als Herr Kemmelle die Partei ausgab: „Lieber sächsisch als sozialdemokratisch!“ Landende waren Zeuge, als er in völkischer Premier in antilemmitischer Towart mihelte. Und heute steht im „Generalanzeiger“ über das Aufstehen von Kemmelle in der Kolonnenversammlung zu lesen:

Seine Ausführungen waren weniger gegen die Völkischen gerichtet, als gegen die Sozialdemokratie, aus deren Wirklichkeit er ein vermisches Fazit zog. Interessant war dabei, daß er ein ganzes Stück Weges mit den Völkischen ging und sogar Versuche darauf ließ, daß die Kommunisten schließlich auch gegen den äußeren Feind die Waffen erheben würden.

Genügt das, um zu zeigen, daß die völkisch-kommunistische Verbrüderung Wirklichkeit und kein Schwimbel ist?

Gerade Kemmelle ist Spezialist in völkisch-kommunistischer Verbrüderung. Er hat als erster in Stuttgart in einer Versammlung von Völkischen unter völkischem Jubelgeschrei den Völkischen Liebeserklärung gemacht, und hat als erster mit den Völkischen den Krieg gegen Frankreich gepredigt. Eine Partei, die sich eine Arbeiterpartei nennt, reicht den Völkischen von Reichenau und Erzberger die Hand im Kampfe gegen die Sozialdemokratie! Wohl verständlich, daß kommunistische Arbeiter das nicht glauben wollen. Aber es ist Tatsache. Und ist es nicht erbärmlich, daß eine Partei, deren zentrale Leitung in Händen von Personen wie König-Fischer-Friedländer, von Schöler, in Rußland von Sinowjew und Radef liegt, sich bei den wüßtesten Antilemmiten anbietet, und daß ihre Redner antilemmitische Witzkeiten machen?

Den kommunistischen Arbeitern sollten dadurch die Augen aufgehen.

Parole: „Alle Sozialdemokraten wählen vormittags.“

Wirtschaftsgegnung.

C. G. Lübeck, 1. Februar 1924.

Die Inflationsperiode hat in der deutschen Wirtschaft grösste Entwicklungen gezeitigt. Viele der deutschen Privatwirtschaftlichen bieten von außen einen glänzenden Anblick. Neue Gebäude und neue Maschinen, reich ausgestattete Büroräume, Automobile für die Direktoren, große Ausgaben für Reklamen erwecken den Eindruck glänzender Prosperität. Kein Zweifel, daß nun auf der Grundlage hoher Gewinne solcher Ausbau möglich war. Aber diese Gewinne sind zum großen Teil Spekulationsgewinne aus der Geldentwertung, nicht Produktionsgewinne. Der Produktionsapparat sieht glänzend aus — aber er funktioniert nicht. Seine einzelnen Teile sind nicht zweckmäßig ineinandergefügt und aufeinander abgestellt. Die Proportionalität der Welt ist gestört.

Das ist der Unterschied gegen die Vorkriegszeit. Damals litt zwar die Volkswirtschaft auch unter dem Mangel an Regulierung der Proportionalität, der dem kapitalistischen System eigen ist und die tiefen Ursachen der Krisen bildet, aber die allgemeine Entwicklung ging aufwärts. Die Produktion funktionierte. Deutschland stieg zum ersten Industriestaat der Welt empor. Die Grundlage dieser Entwicklung aber war der politische und kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse. Die deutschen Arbeiter entwickelten sich zu den Qualitätsarbeitern der Welt. Sie traten das geistige Erbe des deutschen philosophischen Idealismus an. Sie entwickelten ein neues Kulturideal. Aus ihrer eigenen Arbeit und ihrer eigenen Kraft erwuchs der geistige Aufstieg, der die Grundlage der Steigerung der Leistungsfähigkeit im Arbeitsprozeß ist. Ihre Arbeitsdisziplin und ihre Arbeitsintensivität sind die Basis, auf der die deutsche Volkswirtschaft groß wurde.

Die deutsche Arbeiterschaft hat diesen Aufstieg erkämpfen müssen gegen das deutsche Unternehmertum. Sie hat in schweren Lohnkämpfen sich die materiellen Voraussetzungen für den geistigen Aufstieg erzwungen gegen die Unternehmer. Sie hat jeden Schritt nach vorwärts in ihrer Entwicklung unter der Führung der deutschen Sozialdemokratie erkämpft gegen die politische Reaktion in Deutschland. Jene Unternehmer der Vorkriegszeit, die sich wohl glänzend auf das rein Materielle der Wirtschaft verstanden, auf die Geistesverfassung des arbeitenden Menschen und ihre Bedeutung für die Wirtschaft aber gar nicht, haben mit ihrem hartnäckigen Klassenkampf gegen die Arbeiter nur der Entwicklung der Volkswirtschaft entgegengearbeitet. Hier liegt ein tiefer Unterschied zwischen der Gesinnung der deutschen Unternehmer und der englischen Unternehmer, die mehr Verständnis für die Arbeiterpsychologie besaßen, und daher viel früher zu einer Arbeitsgemeinschaft gelangten als die deutschen, die den brutalen Herrenstandpunkt nicht überwinden konnten.

Und gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft haben sich die Kräfte durchgesetzt, die zur Zerrüttung der deutschen Volkswirtschaft geführt haben. Die heute am lautesten nach Wiederaufbau der Wirtschaft schreien, die unter der Flagge „Wirtschaftsgemeinschaft“ dahinschleichen, sind die wahrhaft Schulbigen an der Zerrüttung der Wirtschaft. Nicht die Höhe der Löhne der deutschen Arbeiter — sie war nach dem Kriege trotz aller Lohnkämpfe immer erbärmlich niedrig —, nicht der Achtstundentag sind die Ursachen der wirtschaftlichen Zerrüttung. Wir wollen heute nicht von den Rückwirkungen der Krise der Staatsfinanzen auf die Wirtschaft reden, sondern von anderen Dingen, die ebenfalls wesentlich sind. Die deutschen Unternehmer haben nach dem Kriege ihre Herrschaft gegen die Arbeiter behauptet. Aber in ihrer Wirtschaftsgegnung hat sich eine entscheidende Wendung vollzogen. Vor dem Kriege war die Tätigkeit des Unternehmers gestellt auf produzieren und leisten, auf Güter schaffen und damit verdienen. Die Erweiterung der Produktion und die Erhöhung der Leistung war eines ihrer Ziele. Nach dem Kriege, als die Währungszerstörung und Valutadifferenzen gegen das Ausland den Zwang zur Höchstleistung, den Druck der Konkurrenz und den Zwang zur genaueren Kalkulation beseitigten, hat sich das geändert. Es war mitleidlos, durch Spekulation und durch Vermögenstransaktionen Profite zu machen, als durch Leistung. Das Interesse des Unternehmers an der Produktion trat zurück. Er dachte wirtschaftlich nicht mehr als Produzent, sondern als Spekulant. Damit wurde er aus einem positiven Faktor der Volkswirtschaft zu einem zerstörenden Element. Diese Ver-

derung in der Gesinnung der deutschen großen Wirtschaftler ist eine der Hauptursachen der wirtschaftlichen Zerrüttung in Deutschland.

Diese Veränderung in der Wirtschaftsgegnung hat auch die Ansätze zu einer Arbeitsgemeinschaft in Deutschland wieder über den Haufen geworfen. Je mehr das Hauptgewicht in der Wirtschaft auf die Spekulation gelegt wurde, um so geringer wurde auch das Interesse des Unternehmers an der Arbeitsgemeinschaft. Die Geldentwertung führte trotz aller Bemühungen der Arbeiter und ihrer Organisationen zu einer Senkung und dauernden Tieftaltung des Lohnniveaus. Der Arbeiter wurde für den spekulativ denkenden Unternehmer eine quantität nehmliche, ein zu vernachlässigendes Element. Alle Ansätze zu einer Entwicklung sozialer Gesinnung bei den deutschen Unternehmern wurden durch diese Entwicklung zerstört. Je mehr die Wirtschaft verrottete und die Produktion zurückging, umso mehr kam auch die alte Herrschaftsgesinnung wieder zum Vorschein, jene Gesinnung, die im Arbeiter eine Maschine sieht. Aus dieser Gesinnung heraus sind die Angriffe auf den Achtstundentag erfolgt.

Aber der Arbeiter ist keine Maschine! Durch die Abschaffung des Achtstundentages wird man die Steigerung der Produktion nicht erreichen, wenn der Arbeiter gleichzeitig erkennt, wie die Wirtschaftsgegnung der großen Wirtschaftler das schlimmste Ergebnis des Wiederaufstiegs der Volkswirtschaft darstellt. Der Arbeiter, der unter Zwang neun Stunden arbeiten muß, wird höher leisten, als der freie Arbeiter in acht Stunden. Politische Reaktion und Unternehmerrüberei erhöht nicht die Qualität und Intensität der Arbeit. Sondern erzeugt Arbeitsverdrösenei. Die Psychologie des Arbeiters im Arbeitsprozeß ist der Faktor, für den die deutschen Unternehmer in ihrer Masse nie Verständnis hatten. Wird er weiter überleben, so ist an eine wahre Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu denken.

Er wird überleben. Die politische Entwicklung der letzten Monate ist ein Beweis dafür. Und in Lübeck? Unter dem Namen „Wirtschaftsgemeinschaft“ führen die Gruppen der Wirtschaft den Wahlkampf gegen die Arbeiterschaft. Sie wollen nicht begreifen, daß die Entwicklung der Volkswirtschaft der deutschen Arbeiter, und damit der deutschen Wirtschaft überhaupt, aufs engste zusammenhängt mit der politischen Freiheit und dem politischen Einfluß der Arbeiterschaft. Damit wenden sich diese Gruppen gegen den Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft. Sie mögen den Verzicht unternehmen, die Begriffe „Wirtschaftsgemeinschaft“ und „Arbeitsgemeinschaft“ durcheinanderzuwerfen, sie schaffen damit die Tatsache nicht aus der Welt, daß sie von einem einseitigen Interessenstandpunkt aus nur sich als die Wirtschaft fühlen — den Arbeiter aber nicht. Von diesem Standpunkt aus kämpfen sie auch bei den Lübecker Wahlen für einen politisch-reaktionären Kurs gegen die Arbeiterschaft und ihre Vertretung, die Sozialdemokratie. Reaktionärer Kurs aber bedeutet Hemmung des geistigen und materiellen Aufstiegs der Arbeiterschaft, bedeutet Arbeitsverdrösenei, Hemmung der Steigerung der Qualität und Intensität der Leistung, Hemmung des Wiederaufstiegs der deutschen Wirtschaft zur Konkurrenzfähigkeit.

So ziert auch die Lübecker Wahl, wo die Hindernisse für die wirtschaftliche Wiedergesundung liegen. Die Wirtschaftsgegnung des Unternehmertums ist immer noch — trotzdem der Kassenjammer rasch um sich greift — spekulativ. Die Wirtschaftsgegnung der Sozialdemokratie ist auf Produktion und Leistung gerichtet im Interesse der Deckung des Massenbedarfs. Das Unternehmertum steht auf die Einzelwirtschaft, die Sozialdemokratie auf die Volkswirtschaft. Das Unternehmertum sieht nur seine Privatinteressen, die Sozialdemokratie die höheren Interessen der Gesamtheit. Die Politik der „Wirtschaftsgemeinschaft“ arbeitet der Hebung der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter, damit der Gesundung der Volkswirtschaft entgegen. Die Sozialdemokratie aber — die gefährteste und als Hemmnis wirtschaftlichen Wiederaufstiegs verurteilte — wirkt für die Gesundung der Wirtschaft. Wie vor dem Kriege wird sie auch heute die Grundlage des Aufstiegs der deutschen Volkswirtschaft neu schaffen und verbreitern, die soziale und geistige Hebung der Arbeiterschaft. Wie vor dem Kriege wird sie diese Arbeit leisten im Kampfe gegen alle wirtschaftlich, sozial und politisch reaktionären Kräfte — auch gegen die Wirtschaftsgemeinschaft zur Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung.

weiterregierung führen, werden die Forderungen dieser Regierung übernehmen und durchführen.“

Wenn in einem Lande ein so weitläufiges Bürgerertum Politik betreibt, so sind die Voraussetzungen für vornehmen Kampfmethoden und ruhig sachlichen Meinungsstaus gegeben. Das deutsche Bürgerertum aber — namentlich jener Teil, der in Lübeck von der Wirtschaftsgemeinschaft vertreten wird — sucht weder die politische Schulung nach den Weisheiten der Würde des englischen Bürgerertums. Niemals gelangen diese Kreise des deutschen Bürgerertums zur Einsicht, daß es unermessliche Entwicklungen und unvermeidlichen Fortschritt gibt. Sie sehen ihre einzige Aufgabe darin, dem Kad der Geschichte in die Speichen zu fallen. Sie vermögen sich nicht zu erheben zu der politischen Einsicht, daß die Arbeiterschaft eine politische Macht mit eigenen Ideen und eigener idealer Zielsetzung ist, die der einseitigen englischen bürgerlichen Politik als gleichberechtigt achtet. Sie sehen in der Arbeiterschaft immer nur den Untergebenen, den Dienenden, der zu gehören hat.

Diese Überhebung, die nicht auf Überlegenheit, sondern auf politische Inkultur beruht, ruft die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Deutschland hervor. Statt die Verständigung zu suchen, stemmen sie sich nur gegen den unvermeidlichen Fortschritt. Sie sabotieren allen Fortschritt, der von der Sozialdemokratie ausgeht. Sie gefährden lieber das Wohl des Ganzen, als daß sie freiwillig im Sinne des englischen Bürgerertums Konzessionen machen. Das ist der Grund für die Schärfe der politischen Auseinandersetzungen, die jetzt in Lübeck und andernorts geführt werden — nicht sozialdemokratische Hege. Das Bürgerertum will zurück zu den politischen und sozialen Verhältnissen von 1914. Das ist unmöglich. Weil aber das Ziel sinnlos ist, gewinnt der Kampf des Bürgerertums ein vornehmen Charakter — Haß und Wut eines kleinen Schlichts.

Ohne fortschrittliche Ideale, ohne Weitblick und ohne das Selbstvertrauen einer politisch gereiften Klasse taumelt das deutsche Bürgerertum dahin. Wenn ihr schon nach England blickt, ihr Herran, nehmt auch ein Beispiel am englischen Bürgerertum!

Die Bedeutung der Wahl.

Innere Reaktion oder freiheitlicher Kurs?

„Der Ausgang der Wahlen in den einzelnen Ländern, die als Gradmesser für die kommenden Reichstagswahlen gelten können, wird mitbestimmend für die notwendige Kredithilfe (aus dem Ausland) sein. Aus diesem Grunde erhalten die hier vor der Tür stehenden Reichstagswahlen eine Bedeutung weit über Lübeck hinaus, eine Bedeutung für das Wohl von ganz Deutschland.“ (Syndikus Dr. Vogel im Lübecker Handwerkerbund.)

In der Tat, die Lübecker Wahlen haben wie alle politischen Wahlen ernste Bedeutung für das Wohl von ganz Deutschland. Es geht dabei nicht um den finanziellen Kredit, sondern um den politischen Gesamtkredit Deutschlands, es geht um die Aussichten auf eine erträgliche Lösung der Reparationsfrage, es geht um die Frage, ob die Wendung zum Besseren, die sich in den europäischen Ländern endlich anzubahnen scheint, unterstützt und gefördert werden soll, oder nicht.

Es scheint, als ob endlich Europa zur Vernunft zurückkehren wollte. Der Sturz der englischen Konventionen und der Amtsantritt der Arbeiterregierung in England war ein erster entscheidender Schritt zur Vernunft. Seine Rückwirkung auf die französische Politik macht sich bereits geltend, und wir hoffen, daß er auch eine Rückwirkung auf die japanische Wahlen haben wird. Soll diese Entwicklung weiter gehen, so ist die erste Voraussetzung, daß die politische Entwicklung in Deutschland in dieselbe Richtung anläuft. Wenn die deutsche Entwicklung aber gerade den entgegengesetzten Weg nehmen sollte wie in den westeuropäischen Ländern, so wird die Rückkehr Europas zur Vernunft von Deutschland aus gestört werden.

Macdonald hat mit seiner scharfen Wendung gegen Sinnlos auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Kürzlich hat der „Daily Telegraph“ in einer Information über die politischen Zustände in Deutschland beifällig erwähnt, daß man in englischen Regierungskreisen die politische Entwicklung Deutschlands mit Besorgnis verfolgt. Die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag würden wahrscheinlich eine Stärkung der Rechtsparteien und der Kommunisten zur Folge haben.

Festet die innerpolitische Reaktion in Deutschland Triumphe, so bedeutet das nach englischer Auffassung eine Nachzunahme derjenigen Elemente in Deutschland, die sich bereits früher für eine Verleugnung des Friedensvertrages und für gewaltsame Veränderungen der bisherigen Verhältnisse Europas ausgesprochen haben. Von englischer Seite befürchtet man ferner, daß ein Deutschland, in dem die Rechte mächtiger werden, große Schwierigkeiten machen werde in bezug auf den Eintritt in den Völkerbund und zum Abschluß eines europäischen Friedenspaktes.

Ergibt darum die Wahl in Lübeck einen Sieg der Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossenen innerpolitischen Reaktion, so wird das eines der Signale sein, die auch eine englische Arbeiterregierung bewegen können, sich von der europäischen Entwicklung zurückzuziehen. Dann sind die Aussichten für eine Lösung des Reparationsproblems und für eine europäische Friedenspolitik dahin.

Deshalb, zur Rettung Deutschlands:

gegen die innere Reaktion für freiheitliche Entwicklung,

gegen die Wirtschaftsgemeinschaft, für die Sozialdemokratie!

Wählt Sozialdemokraten!

Die schlechtbezahltesten Arbeiter der Welt.

Berücksichtigt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands mit seiner großen Arbeitslosigkeit, sind in den letzten Monaten zahlreiche deutsche Arbeiter, vor allen Qualitätsarbeiter, ausgewandert. Eines der Ziele dieser Auswanderung war vor allem auch Spanien, das die deutsche Arbeiterschaft zu schätzen weiß und dessen angelich hohen Löhne den deutschen Arbeitssuchenden locken. Um ein Bild über die Lebenshaltungskosten und die in Spanien gezahlten Löhne zu bekommen, hat sich der Verband der Maschinen- und Heizer an das Internationale Arbeitsamt gewandt, dessen Berliner Vertretung nunmehr auch eine Antwort erteilt hat. Daraus ist zu ersehen, daß der Index für die Lebenshaltung, verglichen mit der Vorkriegszeit, zwar auch in Spanien von seinem höchsten Stand im Sommer 1920 mit 202,6 für Madrid und 220 für die Provinzen seitdem gesunken ist, aber das Jahr 1922 hindurch immerhin auf einer Höhe von 173 bzw. 188 sich bewegte gegenüber 100 vor dem Kriege. Auch noch heute ist das Leben in Spanien nie überall in der Welt bei weitem teurer als vor dem Kriege.

Die Löhne der spanischen Metallindustrie schwanken im vergangenen Jahre für Schmiede zwischen 11 Peseten in Barcelona und 8 in Valencia, für Maschinenhändler zwischen 10 in Barcelona und 8,50 in Valencia. Die innere Kaufkraft dieses Geldes läßt sich leider an dem statistischen Material des Internationalen Arbeitsamtes nicht feststellen, obwohl das das wichtigste wäre für auswandernde Deutsche; das wäre nur an Hand einer Preisstatistik möglich, und die fehlt leider. Deshalb ist äußerste Vorsicht geboten, gerade Ländern gegenüber, die die deutsche Einwanderung zurzeit begünstigen. Denn alle jene Länder, in denen wirklich hohe Löhne gezahlt werden, haben die Einwanderung nahezu völlig unterbunden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich der drei Länder Deutschland, Schweiz, Frankreich. Ein Maschinenheizer, der z. B. zurzeit in Deutschland mit 30 Mark in der Woche bezahlt wird, erhält in der Schweiz 110 Francs und im Elsaß stellt er sich auf 180 franz. Franken. Das Verhältnis ist also 1 : 3,66 : 6. Bezahlt man aber z. B. für ein Pfund Butter heute in Deutschland 2,20 Mark, so kostet dieses in der Schweiz 3 Francs, im Elsaß 10 Francs. Hier ist also das Verhältnis nur etwa 1 : 1,4 : 4,5. Rechnet man es bei Fleisch, das in Deutschland mit 1 Mk. bis 1,20 Mk., in der Schweiz mit 1,60—2 Francs, im Elsaß mit 4—6 Francs bezahlt wird; Käse in Deutschland 1,50 Mk., in der Schweiz 1,80 Francs, in Frankreich 4,50 Francs. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß kein zahlenmäßig die Lebenshaltung in der Schweiz lange nicht doppelt so hoch im Preise ist wie in Deutschland, im Elsaß etwa vier- bis höchstens fünfmal so hoch. Das Lohnverhältnis des Schweizer ist aber mehr als 3½ mal so hoch, und auch der Franzose lebt heute noch trotz der Valutaverfallenerung und der dadurch bedingten Teuerung im Lande, an die sich die Löhne nicht anpassen, mit einem sechs- bis höheren Einkommen noch weit besser als der deutsche Arbeiter, der nach wie vor der schlechtbezahlteste Arbeiter der Welt bleibt.

Veranwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Reber; für Freiheit Lübeck und Freilektion Hermann Bauer; für Inkerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Deutsches und englisches Bürgerertum.

C. G. Lübeck, 4. Februar 1924.

Die bürgerliche Presse Lübecks bemüht sich, die englische Arbeiterpartei gegen die Deutsche Sozialdemokratie auszuspielen. Sie konstruiert einen Unterschied zwischen der geistigen Verfassung der englischen und der deutschen Arbeiter. Sie begeistert sich für die englischen Arbeiter und ihre Kampfmethoden — nicht aus Liebe für den englischen Arbeiter und sein Ringen am kulturellen Aufstieg, sondern weil sie weiß, daß der deutsche Arbeiter hilflos der Willkür brutaler Herrenpolitik preisgegeben wäre, wenn er keine Kampfmethoden nach englischem und nicht nach deutschen Verhältnissen einrichten würde. Denn der englische Arbeiter steht einem politisch gereiften und weitläufigen Bürgerertum gegenüber, der deutsche Arbeiter aber hat mit einem anderen Gegner zu rechnen.

Ueber die Geistesverfassung des englischen Bürgerertums schreibt Georg Bernhard in der „Völkischen Zeitung“:

„Die große politische Tradition des englischen Volkes beruht auf der politischen Uebung des englischen Bürgerertums. Das englische Bürgerertum hat aus seinem eigenen Kampfe, sogar aus dem Vorbild der ihm einseitigen Tories gelernt, das man sich gegen das, was einmal kommen muß, nicht dauernd stemmen kann, und daß es besser ist, beizeiten Konzessionen zu machen, um wenigstens denjenigen Teil der eigenen Rechte zu behalten, die sich mit den Forderungen der neuen Zeit vertrugen. Und auf diese Konzessionen bereitet sich jetzt das englische Bürgerertum vor. Hat es einmal diese Konzessionen als notwendig erkannt, so wird es sogar selbst dann wahrheitsgemäß machen, wenn es keine englische Arbeiterregierung mehr gibt. Und es wird vermutlich mit den englischen Parteien außerhalb der Arbeiterpartei genau so gehen, wie es einst die Tories gemacht haben: die Parteien, die vielleicht in gewisser Zeit die Ar-

reife Gehirnsarbeit an die Gewalt, jene wahrhaftige Ueberhebung, die in einem Volke nur totes Material liegt, das man zu irgendwelchen Zwecken leiten und verführen kann wie eine Hammeherde. Jene Gesinnung, die in den Köpfen der Absolutisten und Militaristen sich ausprägte. Wir wissen wohl, daß diese Gesinnung die Rückwärtsentwicklung der Tatkraft ist, daß im deutschen Bürgerthum dieselbe finstere und kulturfeindliche Gesinnung noch in vielen Köpfen haftet, und daß namentlich die großindustriellen Kreise in Deutschland ebenso nach der Gewalt und der Diktatur rufen wie die Kommunisten.

Diese dunkle Gesinnung aber wird nicht überwunden durch den Rückfall. Stellt man der bürgerlichen Gewaltideologie dieselbe finstere "Wirtschaftslogik" entgegen, so werden wir nie vorwärts kommen. Die kommunistische Taktik zerlegt deshalb die geistige Arbeit, die die Sozialdemokratie für die Verwirklichung ihrer Kulturidee geleistet hat. Sie wirft die Arbeiterschaft zurück in körperliche Denkwirkung. Sie macht ihre Anhänger zu brauchbarem Material für jeden Demagogen, der auf die Gewalt pocht. So wird die kommunistische Partei zur freisenden Geschwärz an der deutschen Arbeiterbewegung. Ihre Ueberwindung ist nötig, um den Arbeitermassen das klare Denken zu geben, das die Voraussetzung sozialistischer Auffassung ist.

Zwei Parteien mit in verschiedener Gesinnung und Willensrichtung, wie Sozialdemokratie und kommunistische Partei, sind keine Bruderparteien. Zwischen ihnen ist Kampf, den die Sozialdemokratie führen muß, weil die Verwirklichung des Sozialismus die Ueberwindung der finsternen, reaktionären kommunistischen Gewaltideologie erfordert.

Die büraerliche Wahlpropaganda.

Was bleibt die geistige Führung?

Der Wahlpropagandisten des "General-Anzeiger" ist das Konzept völlig verhaselt. Sie hatten geglaubt, eine persönliche Häß- und Heßkampagne führen zu können wie beim Volkstribunal. Damit die "Wirtschaftsgemeinschaft" im Trieben stehen könne. Sie haben erfahren müssen, daß die Sozialdemokratie über ihre propagandistische Hege mit Besatzung hinweggegangen ist, daß sie ihren Wahlzirkel schonungslos aufgedeckt und mit unumstößlichen Tatsachen widerlegt hat. Vor allem aber haben sie erfahren müssen, wie der "Volkstribunal" in wichtiger, wohlbegründeter Anklage die Schuld der in der Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossenen Parteien am Ruin Deutschlands kargelegt hat.

Gegenüber diesem Anlagematerial sind sie verstümmelt. Nur schwächlich unternehmen sie letzte persönliche Heßveruche. Das Schicksal ihrer schlechten Sache aber, und das Bemühen, sie innerlich unehrlich ihre eigene Wahlpropaganda ist, verurteilt sie gegenüber unserem jählichen Kampf zur Ohnmacht. Das ist Eingekerkertnis und Befestigung eigener Schuld!

So zeigt der Verlauf des Wahlkampfes, wo die Sache des Fortschritts und der Zukunft vertreten wird. Der auffällige Mangel geistiger Führung des Bürgertums in diesem Wahlkampf muß jedem zu denken geben. Wo eine gute und gerechte Sache vertreten wird, wo um ideale Ziele gekämpft wird, da findet sich die geistige Führung. Wo es aber nur um kleinliche Interessenspolitik geht, da regiert die niedrige Wahlstrategie, die persönliche Verleumdung und Hege. Der kleinen Sache entspricht ein kleiner Geist. Darum löst sich das Lübecker Bürgertum geistig vom "General-Anzeiger" ab. Da ist nur Stillstand — Fortschritt allein bei der Sozialdemokratie!

Gegen die Bogromhebe baltischer Abenteuer!

In dem zaristischen Rußland peitschten sie ihre Gutsknechte. Im Weltkrieg waren sie russische Offiziere. Nach der russischen Revolution kamen sie nach Deutschland, wurden Freiwillige bei den Schutztruppen und kämpften gegen die Bolschewisten in der "Eisernen Division". Später waren sie bei "Ehrhardt", bei "Lersch" usw. und schloßen deutsche Arbeiter nieder. Und jetzt taufen sie als Agitatoren durch Rußland, predigen den russischen Futurismus, predigen den deutschen echten Deutschtum und hoffen und warten auf irgend ein Durcheinander. Um wieder ihr Landstreichertreiben beginnen zu können. Sie sind politische Abenteuerer — sonst nichts. Und das deutsche Volk wird es sich verbitten müssen, daß solche arbeitsscheuen und zügellosen Heulen stets neue Unruhen stiften. Deutschland hat ihnen gern Gehör gewährt — aber wer das Maßrecht mißbraucht, der muß entsprechend behandelt werden.

Die kommunistisch-völkische Verbrüderung.

Die Lübecker kommunistischen Führer versuchen mit allen Mitteln, ihren Ungehörigen die Verbrüderung mit den Völkischen zu verheimlichen. Kurzweilend werben sie dem Volksboten "Schwindel" vor. Aber Längerde waren Zeuge, als Herr Kemmle die Parole ausgab: "Lieber schicklich als sozialdemokratisch!" Längerde waren Zeuge, als er in völkischer Manier in antilemischer Tonart wisperte. Und heute steht im "General-Anzeiger" über das Auftreten von Kemmle in der Reichstagsversammlung zu lesen:

Seine Ausführungen waren weniger gegen die Völkischen gerichtet, als gegen die Sozialdemokratie, aus deren Wirkungskreis er ein vernichtendes Fazit zog. Interessant war dabei, daß er ein ganzes Stück Weges mit den Völkischen ging und sogar Lust hat darauf, daß die Kommunisten schließlich auch gegen den anderen Feind die Waffen erheben würden.

Genügt das, um zu zeigen, daß die völkisch-kommunistische Verbrüderung Wirklichkeit und kein Schwindel ist? Gerade Kemmle ist Spezialist in völkisch-kommunistischer Verbrüderung. Er hat als erster in Smiltzen in einer Versammlung von Reichstägern unter völkischem Jubelgeheul den Reichstägern die Besetzung gemacht, und hat als erster mit den Völkischen den Krieg gegen Frankreich gepredigt. Eine Partei, die sich eine Arbeiterpartei nennt, reizt die Hörer von Reichstagen und Erzberger die Hand im Kampfe gegen die Sozialdemokratie! Wohl verständlich, daß kommunistische Arbeiter das nicht glauben wollen. Aber es ist Tatsache. Und ist es nicht erbärmlich, daß eine Partei, deren zentrale Leitung in Händen von Personen wie Kisch-Gilber-Friedländer, von Söselm, in Rußland von Sinowjew und Kadel liegt, sich bei den wälfischen Antilemisten anbietet, und daß ihre Redner antilemische Wälfereien machen?

Den kommunistischen Arbeitern sollten dadurch die Augen geöffnet werden.

An alle Frauen!

Im letzten Augenblick vor der Wahl steht wie beim Volkstribunal in einem Flugblatt an die Frauen die alte verlogene Hege gegen die sozialdemokratische Partei ein.

Wir Frauen Lübeck's wissen sehr genau, wem wir Not und Elend zu verdanken haben. Das Großkapital hat erst zum Krieg geführt, dann hat es Kriegsgewinne gesammelt und immer größere Banken gebaut. Nach dem Kriege hat es das ganze Volk ausgeplündert!

Weshalb verdienen unsere Männer so wenig? Weshalb haben so viele deutsche Kinder hungern müssen und müssen sie heute noch hungern und zittern?

Frauen! Wähler!

Neue Mal, Vergrößerung des alten Elendes müßt ihr hervorrufen, wenn ihr den Parteien des Großkapitals und der Banken eure Stimme gebt.

Die Liste der Volksausbeuter, des Großkapitals und der Banken ist die Liste Thiel. Keine einzige Frau darf diesen Ausbeutern des Volkes ihre Stimme geben.

Wähler!

Man redet Euch von der Gefahr für Schule, Kirche, Religion und Sittlichkeit. Aber man heißt Euch. Unsere Gegner wissen genau, daß die Sozialdemokraten es waren, die alle kommunistischen Angriffe gegen das religiöse Gefühl abgewehrt haben. Sachlich kann man uns nichts anhaben, deshalb greift man zu Lügen und Hege.

Niemand hat zur Seele des Volkes und des Kindes eine größere Liebe als wir Sozialdemokraten. Aber wir wollen freie Seelen, freie Menschen.

Wer vergiftet die Schulen mit Häß und Hege? Wer hat sich die Kinder auf gegen den Staat und gegen die Allgemeinheit? Der Nationalist und deutschvölkische Lehrer und Professoren! Aber nicht Sozialdemokraten!

Der erste Sozialdemokrat achtet die religiöse Ueberzeugung jedes Mitmenschen wie seine eigene. Jede Religion soll ihre Freiheit haben. Sünderei und Gewissenszwang aber sind zu bekämpfen.

Frauen! Wähler!

Die Sozialdemokratische Partei hat uns die Gleichberechtigung erkämpft. Ihr verdanken wir das Wahlrecht. Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit. Sie zählt ganz besonders auf die Hilfe der Frauen, um mit dem Häß und der Lüge in der Welt aufzuräumen.

Keine einzige Frau kann ihre Stimme der Liste der Lüge und Ausbeutung geben, keine Stimme der Liste Thiel.

Alle Frauen wählen: Gustav Ehlers.

Die sozialdemokratischen Frauen von Lübeck.

Das wahre Gesicht.

Die Drohung mit der Hungerpeitsche.

In dem verlogenen Flugblatt der Wirtschaftsgemeinschaft wenden sich die Unternehmer an die Erwerbslosen und sagen:

"Ihr alle wollt, daß es wieder arbeitslos geht! Wir alle haben es erlebt, wie in den Wochen nach dem Volkstribunal die Arbeitslosigkeit gewaltig zurückging, in Lübeck fast ganz allein von allen deutschen Staaten! Wollt ihr, daß das alles wieder umsonst sein soll?"

Das ist ein sehr deutlicher Wind mit dem Raunspieß. Das heißt: Ihr Arbeiter, wenn ihr es wagen werdet, in Massen sozialdemokratisch zu wählen, so werden wir euch arbeitslos machen und auf die Peitsche werfen. Wenn ihr aber uns Gefolgschaft leistet, so werden wir euch belohnen — durch Abbau der Arbeitslosigkeit.

Damit zeigt die Wirtschaftsgemeinschaft das wahre Gesicht. Unternehmerdünkel und Unternehmermüßigkeit ist daraus. Es ist also Unternehmermüßigkeit, ob Arbeitslosigkeit herrscht oder nicht! Der Unternehmerdünkel muß also mit der Hungerpeitsche die Arbeiter zum Verzeihen an der Sozialdemokratie zwingen!

Wer nicht will, daß die Arbeiter solcher Unternehmermüßigkeit ausgeliefert werden sollen, der wähle sozialdemokratisch!

Aus dem Sachverständigenausschuß.

Der erste Sachverständigenausschuß hielt am Freitag nachmittags eine Plenarsitzung ab. Für Sonnabend vormittags ist vorgesehen, daß der Sachverständigenausschuß den Staatssekretär Küster und Ministerdirektor Paris vom Reichsfinanzministerium anhört, während Reichsanwalt Dr. Schacht eine weitere Besprechung mit dem Währungsaußschuß haben wird.

Spaltung im Zentrum.

Die Opposition gegen die Schwerindustrie.

Sochum, 8. Februar.

Schon der Brief Dr. Biziks an seinen Freund Noos hat bekanntlich in verächtlicher Form angedeutet, daß im Zentrum die Meinungen über die Zentrumspolitik nicht geschlossen seien. Daß jedoch nicht nur Meinungsverschiedenheiten, sondern sehr schwere grundsätzliche Gegensätze vorhanden sind, ist dem Beobachter der Beredung in der Hochburg des Zentrums, in Rheinland-Westfalen, längst kein Geheimnis mehr. Die Anschauungen des Arbeiterflügels kollidieren hart mit denen des schwerindustriellen. Auch der Zentrumsarbeiter kann nicht verpassen, daß der Zentrumsführer Thiel den ersten gewissen ist, der in Form besonderer Denkschriften die Beilegung des Konfliktentages fordert und daß bei den letzten Differenzen über die Arbeitszeit und die Löhne im Bergbau und der Metallindustrie Zentrumsorganen am widerwärtigsten waren. Die ersten Auswirkungen in politischer Hinsicht sind die sich bemerkbar machenden Spaltungstendenzen. Der am weitesten linksstehende Arbeiterflügel des Zentrums ist jetzt dazu übergegangen, sich auch offiziell durch eine neue Parteigründung von der Mutterpartei loszulösen. Die neue Partei, deren erste Äußerung schon längere Zeit zurückliegen, heißt "Christlich-sozialistische Volksgemeinschaft". In vielen Orten im Mittel- und Ostdeutschland sind Stadiverordnungsaktionen des Zentrums und auch der Kreisräte zu der neuen Partei übergetreten. Im

Parole: „Alle Sozialdemokraten wählen vormittags.“

letzten Dienstag spaltete sich auch die Zentrumsfraktion der Stadt Sleese, wo von 18 Fraktionsmitgliedern 10 zur neuen Partei gestoßen sind. Für Bochum-Dortmund ist die Herausgabe einer Tageszeitung beabsichtigt, während in Düsseldorf eine solche bereits erscheint. Ihre Stütze hat die neue Partei in den christlichen Gewerkschaftsmitgliedern der Industriestädte, während auf dem Lande die kleinen Bäcker und Handwerker die Gefolgschaft bilden. Besonders stark ist die länderweite Opposition im Bezirk Baderborn, wo der Großgrundbesitz in den Händen der Zentrumsorganen befindet. Bei den kommenden Wahlen wird die neue Partei eigene Kandidaten aufstellen.

Sturm im bayrischen Landtag.

München, 8. Februar. (Eig. Drahtb.)

Im Mittelpunkt der Landtagsverhandlungen am Freitag stand die am Vormittag erfolgte Beschlagnahme der Broschüre des Professors Rothemann durch die Polizei auf Anordnung des Generalstaatsanwalts. Der demokratische Abg. Dr. Müller (Nacht am Obersten Landesgericht) erhob aus diesem Anlaß die schwersten Vorwürfe gegen die bayrische Justiz und den Minister des Innern, der die direkte Verantwortung für diese neueste Heilung des Herrn v. Raht trage. Der Minister des Innern als unabhängige Polizeiminister erwiderte lediglich, daß die Beschlagnahme der Broschüre wegen Beleidigung der bayrischen Staatsanwaltschaft erfolgt sei und daß sich das Gesamtministerium mit der Angelegenheit befaßt. Auf diese vollkommen ungenügende Auskunft des Ministers erhob sich ein Sturm der Oppositionsparteien. Als dann überdies noch ein Mitglied der bayrischen Volkspartei die Beschuldigung des Hauses anzeigte (es standen nun wichtige Abstimmungen bevor), steigerte sich die Erregung der Oppositionsparteien zu einem wahren Tumult der Entrüstung, insbesondere gegen die bayrische Volkspartei, die offenbar abhichtlich der Sitzung ferngeblieben war, um die Beleidigung nicht herbeizuführen. In dem Tumult ergriff der Präsident, der der bayrischen Volkspartei angehört, zu dem Mittel, die Sitzung kurzerhand aufzuheben. Daraufhin wurde neue Sitzung der Erregung, die um so berechtigter war, als die Vereinigte Opposition die Auflösung des Landtages für nächsten Dienstag von sich aus in Aussicht genommen hatte, was die bayrische Volkspartei im Interesse ihres Volksbefehrs verhindern will. Nachher fanden interfraktionelle Besprechungen statt, um den Wirrwarr des jetzigen Augenblicks zu überwinden.

Hilfe für Arbeitslose.

Halle, 7. Febr. (Eig. Drahtb.) Als durchreisende Erwerbslosen-Nothilfsarbeit genehmigte der Halleische Bauerschuh die sofortige Inanspruchnahme der Vorarbeiten zur Errichtung eines elektrischen Kraftwerks auf den haldischen Kohlenfeldern. Die Bauzeit ist auf sechs Jahre berechnet. Man will zunächst zahlreiche Erwerbslose mit der Anlage der notwendigen Entwässerungskanäle beschäftigen. Die Stadiverordnungsversammlung soll in ihrer nächsten Sitzung die nötigen Beschlüsse fassen.

Der Beamtenabbau im Preußen.

Die preussische Regierung hat sich am Freitag die Beamtenabbauverordnung mit den Änderungen des Ständigen Ausschusses des Landtages zu eigen gemacht, so daß die Verordnung nunmehr in Kraft tritt. Die wichtigste Veränderung, die der Landtag an der Regierungsverordnung vorgenommen hat, ist die Schaffung eines Kontrollausschusses des Landtages, an dem sich neben einer rein juristischen Beisitzerinstanz die zur Entlassung kommenden Beamten, Angestellten und Arbeiter mit ihren Beschwerden wenden können.

Die Lloyd-George-Enthüllungen.

Englische Entschuldigung.

London, 8. Februar. (Eig. Drahtb.)

Aus Paris wird gemeldet, daß das französische Auswärtige Amt mit den Erklärungen der englischen Regierung bezüglich des durch Lloyd George hervorgerufenen Zwischenfalls befriedigt ist und die Angelegenheit damit als erledigt betrachtet.

Die russische Antwort.

London, 8. Februar. (Eig. Drahtb.)

Die Antwort Sowjetrußlands auf die Antragsnote ist hier einetroffen. Wie verlautet, ist sie in freundlichem Tone gehalten und stimmt dem Vorschlag einer Konferenz in London zu und teilt die Ernennung Kalowskis, des bisherigen Leiters der russischen Handelsdelegation in London, zum Geschäftsträger mit.

Kleine politische Nachrichten.

Von dem Hitlerprozeß. Nach Mitteilung eines völkischen Blattes Münchens muß sich Hitler, der bei dem Zusammenstoß am 9. November bekanntlich einen Armbruch erhalten hatte, am 9. November bekanntlich einen Armbruch erhalten hatte. Wiederherstellung der völkischen Bewegungsfreiheit des verletzten Armes keinen Erfolg hatten. Ob die Operation noch vor dem Prozeß vorgenommen wird, steht noch nicht fest. Im Zustand des in einer bekannten Münchener Privatklinik untergebrachten Boehner ist nach derselben Quelle noch keine Besserung eingetreten. Die Weiterbildung von Maaßen und Darmstadt wurden, die durch die veränderte Lebensweise in der Haft in ein kritisches Stadium getreten sein sollen, konnte noch nicht verhindert werden.

Kommunistische Demonstrationen. Die Pariser Kommunisten, die seit Tagen mit sehr viel Geschrei eine große Demonstration gegen die Feuerung und zugunsten einer Erhöhung der Löhne und Gehälter angekündigt haben, ohne den Tag zu bestimmen, hatten für Donnerstag ihre Anhänger zu einer Straßenumgebung vor der Deputiertenkammer mobilisiert. Die Demonstration wurde durch Polizei und republikanische Garde verhindert.

Das Abkommen über Langen, dessen Beitritt die spanische Regierung von einer Reihe Konzeptionen Frankreichs abhängig gemacht hat, ist am Donnerstag in Paris unterzeichnet worden, nachdem Spanien auf die ursprüngliche Forderung nach einer territorialen Erweiterung der spanischen Zone von Melilla und Ceuta zugunsten von administrativen und wirtschaftlichen Kompensationen verzichtet hat.

Der Lohnkampf in der polnischen Textilindustrie hat sein Ende gefunden durch ein Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, das die Löhne auf der Grundlage des französischen Frankens basiert.

Die heutige Auflage beträgt 38.000.

Wirtschaftsgesinnung.

C. G. Lübeck, 1. Februar 1924.

Die Inflationsperiode hat in der deutschen Wirtschaft profunde Entwicklungen gesiegt. Viele der deutschen Privatwirtschaften bieten von außen einen glänzenden Anblick. Neue Gebäude und neue Maschinen, reich ausgestattet; Büroräume, Automobile für die Direktoren, große Ausgaben für Reklamen erwecken den Eindruck glänzender Prosperität. Kein Zweifel, daß nun auf der Grundlage hoher Gewinne solcher Ausbau möglich war. Aber diese Gewinne sind zum großen Teil Spekulationsgewinne aus der Geldentwertung, nicht Produktionsgewinne. Der Produktionsapparat sieht glänzend aus — aber er funktioniert nicht. Seine einzelnen Teile sind nicht zweckmäßig ineinandergefügt und aufeinander abgestimmt. Die Proportionalität der Welt ist zerstört.

Das ist der Unterschied gegen die Vorkriegszeit. Damals litt zwar die Volkswirtschaft auch unter dem Mangel an Regulierung der Proportionalität, der dem kapitalistischen System eigen ist und die tiefen Ursachen der Krisen bildet, aber die allgemeine Entwicklung ging aufwärts. Die Produktion funktionierte. Deutschland stieg zum ersten Industriestaat der Welt empor. Die Grundlage dieser Entwicklung aber war der politische und kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse. Die deutschen Arbeiter entwickelten sich zu den Qualitätsarbeitern der Welt. Sie traten das geistige Erbe des deutschen philosophischen Idealismus an. Sie entwickelten ein neues Kulturideal. Aus ihrer eigenen Arbeit und ihrer eigenen Kraft erwuchs der geistige Aufstieg, der die Grundlage der Steigerung der Leistungsfähigkeit im Arbeitsprozeß ist. Ihre Arbeitsdisziplin und ihre Arbeitsintensivität sind die Basis, auf der die deutsche Volkswirtschaft groß wurde.

Die deutsche Arbeiterklasse hat diesen Aufstieg erkämpfen müssen gegen das deutsche Unternehmertum. Sie hat in schweren Lohnkämpfen sich die materiellen Voraussetzungen für den geistigen Schritt nach vorwärts in ihrer Entwicklung unter der Führung der deutschen Sozialdemokratie erkämpft gegen die politische Reaktion in Deutschland. Jene Unternehmer der Vorkriegszeit, die sich wohl glänzend auf das rein Materielle der Wirtschaft verstanden, auf die Geistesverfassung des arbeitenden Menschen und ihre Bedeutung für die Wirtschaft aber gar nicht, haben mit ihrem hartnäckigen Klassenkampf gegen die Arbeiter nur der Entwicklung der Volkswirtschaft entgegen gearbeitet. Hier liegt ein tiefer Unterschied zwischen der Gesinnung der deutschen Unternehmer und der englischen Unternehmer, die mehr Verständnis für die Arbeiterpsychologie besitzen, und daher viel früher zu einer Arbeitsgemeinschaft gelangten als die deutschen, die den brutalen Herrenstandpunkt nicht überwinden konnten.

Und gegen den Willen der deutschen Arbeiterklasse haben sich die Kräfte durchgesetzt, die zur Zerrüttung der deutschen Volkswirtschaft geführt haben. Die heute am lautesten nach Wiederaufbau der Wirtschaft schreien, die unter der Flagge „Wirtschaftsgemeinschaft“ dahinsiezen, sind die wahrhaft Schuldigen an der Zerrüttung der Wirtschaft. Nicht die Höhe der Löhne der deutschen Arbeiter — sie war nach dem Kriege trotz aller Lohnkämpfe immer erbärmlich niedrig —, nicht der Achtstundentag sind die Ursachen der wirtschaftlichen Zerrüttung. Wir wollen heute nicht von den Rückwirkungen der Krise der Staatsfinanzen auf die Wirtschaft reden, sondern von anderen Dingen, die ebenso wesentlich sind. Die deutschen Unternehmer haben nach dem Kriege ihre Herrengesinnung gegen die Arbeiter beibehalten. Aber in ihrer Wirtschaftsgesinnung hat sich eine entscheidende Wendung vollzogen. Vor dem Kriege war die Tätigkeit des Unternehmers gestellt auf produzieren und leisten, um Güter schaffen und damit verdienen. Die Erweiterung der Produktion und die Erhöhung der Leistung war eines ihrer Ziele. Nach dem Kriege, als die Währungszerstörung und Valutadifferenzen gegen das Ausland den Zwang zur Höchstleistung, den Druck der Konkurrenz und den Zwang zur genaueren Kalkulation beileigten, hat sich das geändert. Es war mühseliger, durch Spekulation und durch Vermögenstransaktionen Profite zu machen, als durch Leistung. Das Interesse des Unternehmers an der Produktion trat zurück. Er dachte wirtschaftlich nicht mehr als Produzent, sondern als Spekulant. Damit wurde er aus einem positiven Faktor der Volkswirtschaft zu einem zersetzenden Element. Diese Ver-

derzung in der Gesinnung der deutschen großen Wirtschaftler ist eine der Hauptursachen der wirtschaftlichen Zerrüttung in Deutschland.

Diese Veränderung in der Wirtschaftsgesinnung hat auch die Ansätze zu einer Arbeitsgemeinschaft in Deutschland wieder über den Haufen geworfen. Je mehr das Hauptgewicht in der Wirtschaft auf die Spekulation gelegt wurde, um so geringer wurde auch das Interesse des Unternehmers an der Arbeitsgemeinschaft. Die Geldentwertung führte trotz aller Bemühungen der Arbeiter und ihrer Organisationen zu einer Senkung und dauernden Tiefhaltung des Lohnniveaus. Der Arbeiter wurde für den spekulativ denkenden Unternehmer eine quantität négligeable, ein zu vernachlässigendes Element. Alle Ansätze zu einer Entwicklung sozialer Gesinnung bei den deutschen Unternehmern wurden durch diese Entwicklung zerstört. Je mehr die Wirtschaft verrottete und die Produktion zurückging, umso mehr kam auch die alte Herrengesinnung wieder zum Vorschein, jene Gesinnung, die im Arbeiter eine Maschine sieht. Aus dieser Gesinnung heraus sind die Angriffe auf den Achtstundentag erfolgt.

Aber der Arbeiter ist keine Maschine! Durch die Abschaffung des Achtstundentages wird man die Steigerung der Produktion nicht erreichen, wenn der Arbeiter gleichzeitig erkennt, wie die Wirtschaftsgesinnung der großen Wirtschaftler das schlimmste Symptom des Wiederaufstiegs der Volkswirtschaft darstellt. Der Arbeiter, der unter Zwang neun Stunden arbeiten muß, wird sicher weniger leisten, als der freie Arbeiter in acht Stunden. Politische Reaktion und Unternehmerrüdemut erhöht nicht die Qualität und Intensität der Arbeit, sondern erzeugt Arbeitsverdrissenheit. Die Psychologie des Arbeiters im Arbeitsprozeß ist der Faktor, für den die deutschen Unternehmer in ihrer Masse nie Verständnis hatten. Wird er weiter übersehen, so ist an eine wahre Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu denken.

Er wird übersehen. Die politische Entwicklung der letzten Monate ist ein Beweis dafür. Und in Lübeck? Unter dem Namen „Wirtschaftsgemeinschaft“ führen die Gruppen der Wirtschaft den Wahlkampf gegen die Arbeiterklasse. Sie wollen nicht begreifen, daß die Entwicklung der Volkswirtschaft der deutschen Arbeiter, und damit der deutschen Wirtschaft überhaupt, aufs engste zusammenhängt mit der politischen Freiheit und dem politischen Einfluß der Arbeiterklasse. Damit wenden sich diese Gruppen gegen den Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft. Sie mögen den Verlust unternehmen, die Begriffe „Wirtschaftsgemeinschaft“ und „Arbeitsgemeinschaft“ durcheinanderzuwerfen, sie schaffen damit die Tatsache nicht aus der Welt, daß sie von einem engherzigen Interessenstandpunkt aus nur sich als die Wirtschaft fühlen — den Arbeiter aber nicht. Von diesem Standpunkt aus kämpfen sie auch bei den Lübecker Wahlen für einen politisch-reaktionären Kurs gegen die Arbeiterklasse und ihre Vertretung, die Sozialdemokratie. Reaktionärer Kurs aber bedeutet Hemmung des geistigen und materiellen Aufstiegs der Arbeiterklasse, bedeutet Arbeitsverdrissenheit, Hemmung der Steigerung der Qualität und Intensität der Leistung, Hemmung des Wiederaufstiegs der deutschen Wirtschaft zur Konkurrenzfähigkeit.

So zieht auch die Lübecker Wahl, wo die Hindernisse für die wirtschaftliche Wiedergesundung liegen. Die Wirtschaftsgesinnung des Unternehmertums ist immer noch — trotzdem der Ratenjammern rasch um sich greift — spekulativ. Die Wirtschaftsgesinnung der Sozialdemokratie ist auf Produktion und Leistung gerichtet im Interesse der Deckung des Massenbedarfs. Das Unternehmertum steht auf die Einzelwirtschaft, die Sozialdemokratie auf die Volkswirtschaft. Das Unternehmertum sieht nur seine Privatinteressen, die Sozialdemokratie die höheren Interessen der Gesamtheit. Die Politik der „Wirtschaftsgemeinschaft“ arbeitet der Hebung der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter, damit der Gesundung der Volkswirtschaft entgegen. Die Sozialdemokratie aber — die gefährteste und als Hemmnis wirtschaftlichen Wiederaufstiegs verfeindete — wirkt für die Gesundung der Wirtschaft. Wie vor dem Kriege wird sie heute die Grundlage des Aufstiegs der deutschen Volkswirtschaft neu schaffen und verbreitern, die soziale und geistige Hebung der Arbeiterklasse. Wie vor dem Kriege wird sie diese Arbeit leisten im Kampfe gegen alle wirtschaftlich, sozial und politisch reaktionären Kräfte — auch gegen die Wirtschaftsgemeinschaft zur Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Bedeutung der Wahl.

Innere Reaktion oder freiheitlicher Kurs?

„Der Ausgang der Wahlen in den einzelnen Ländern, die als Gradmesser für die kommenden Reichstagswahlen gelten können, wird mitbestimmend für die notwendige Kredithilfe (aus dem Ausland) sein. Aus diesem Grunde erhalten die hier vor der Tür stehenden Reichstagswahlen eine Bedeutung weit über Lübeck hinaus, eine Bedeutung für das Wohl von ganz Deutschland.“ (Syndikus Dr. Vogel im Lübecker Handwerkerbund.)

In der Tat, die Lübecker Wahlen haben wie alle politischen Wahlen ernste Bedeutung für das Wohl von ganz Deutschland. Es geht dabei nicht um den finanziellen Kredit, sondern um den politischen Gesamtkredit Deutschlands, es geht um die Aussichten auf eine erträgliche Lösung der Reparationsfrage, es geht um die Frage, ob die Wendung zum Besseren, die sich in den europäischen Ländern endlich anzubahnen scheint, unterstützt und gefördert werden soll, oder nicht.

Es scheint, als ob endlich Europa zur Vernunft zurückkehren wollte. Der Sturz der englischen Konventionen und der Amtsantritt der Arbeiterregierung in England war ein erster entscheidender Schritt zur Vernunft. Seine Rückwirkung auf die französische Politik macht sich bereits geltend, und wir hoffen, daß er auch eine Rückwirkung auf die französischen Wahlen haben wird. Soll diese Entwicklung weiter gehen, so ist die erste Voraussetzung, daß die politische Entwicklung in Deutschland in der gleichen Richtung anläuft. Wenn die deutsche Entwicklung aber gerade den entgegengesetzten Weg nehmen sollte wie in den westeuropäischen Ländern, so wird die Rückkehr Europas zur Vernunft von Deutschland aus gestört werden.

Macdonald hat mit seiner scharfen Wendung gegen Stalin auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Kürzlich hat der „Daily Telegraph“ in einer Information über die politischen Zustände in Deutschland beifällig erwähnt, daß man in englischen Regierungskreisen die politische Entwicklung Deutschlands mit Besorgnis verfolgt. Die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag würden wahrscheinlich eine Stärkung der Rechtsparteien und der Kommunisten zur Folge haben.

Zeigt die innerpolitische Reaktion in Deutschland Triumphe, so bedeutet das nach englischer Auffassung eine Nachahmung derjenigen Elemente in Deutschland, die sich bereits früher für eine Verleugnung des Friedensvertrages und für gewalttätige Veränderungen der bisherigen Verhältnisse Europas ausgesprochen haben. Von englischer Seite befürchtet man ferner, daß ein Deutschland, in dem die Rechte mächtiger werden, große Schwierigkeiten machen werde in bezug auf den Eintritt in den Völkerbund und zum Abschluß eines europäischen Friedenspaktes.

Ergibt darum die Wahl in Lübeck einen Sieg der in der Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossenen innerpolitischen Reaktion, so wird das eines der Signale sein, die auch eine englische Arbeiterregierung bewegen können, sich von der europäischen Entwicklung zurückzuziehen. Dann sind die Aussichten für eine Lösung des Reparationsproblems und für eine europäische Friedenspolitik dahin.

Deshalb, zur Rettung Deutschlands: gegen die innere Reaktion für freiheitliche Entwicklung, gegen die Wirtschaftsgemeinschaft, für die Sozialdemokratie!

Wählt Sozialdemokraten!

Die schlechtbezahltesten Arbeiter der Welt.

Veronagt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands mit seiner großen Arbeitslosigkeit, sind in den letzten Monaten zahlreiche deutsche Arbeiter, vor allen Qualitätsarbeiter, ausgewandert. Eines der Ziele dieser Auswanderung war vor allem auch Spanien, das die deutsche Arbeitskraft zu schätzen weiß und dessen angelegentlich hohen Löhne den deutschen Arbeitssuchenden locken. Um ein Bild über die Lebenshaltungskosten und die in Spanien gezahlten Löhne zu bekommen, hat sich der Verband der Maschinen- und Heizer an das Internationale Arbeitsamt gewandt, dessen Berliner Vertretung nunmehr auch eine Antwort erteilt hat. Daraus ist zu ersehen, daß der Index für die Lebenshaltung, verglichen mit der Vorkriegszeit, zwar auch in Spanien von seinem höchsten Stand im Sommer 1920 mit 202,6 für Madrid und 220 für die Provinzen seitdem gesunken ist, aber das Jahr 1922 hindurch immerhin auf einer Höhe von 173 bzw. 183 sich bewegte gegenüber 100 vor dem Kriege. Auch noch heute ist das Leben in Spanien wie überall in der Welt bei weitem teurer als vor dem Kriege.

Die Löhne der spanischen Metallindustrie schwanken im vergangenen Jahre für Schmiede zwischen 11 Peseten in Barcelona und 8 in Valencia, für Maschinenschlosser zwischen 10 in Barcelona und Biscaya und 8,50 in Valencia. Die innere Kaufkraft dieses Geldes läßt sich leider an dem statistischen Material des Internationalen Arbeitsamtes nicht feststellen, obwohl das das wichtigste wäre für auswandernde Deutsche; das wäre nur an Hand einer Preisstatistik möglich, und die fehlt leider. Deshalb ist äußerster Vorsicht geboten, gerade Ländern gegenüber, die die deutsche Einwanderung zurzeit begünstigen. Denn alle jene Länder, in denen wirklich hohe Löhne gezahlt werden, haben die Einwanderung nahezu völlig unterbunden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich der drei Länder Deutschland, Schweiz, Frankreich. Ein Maschinenschlosser, der z. B. zurzeit in Deutschland mit 30 Mark in der Woche bezahlt wird, erhält in der Schweiz 110 Francs und im Elsaß stellt er sich auf 180 franc. Franken. Das Verhältnis ist also 1 : 3,66 : 6. Bezahlt man aber z. B. für ein Pfund Butter heute in Deutschland 2,20 Mark, so kostet dieses in der Schweiz 3 Francs, im Elsaß 10 Francs. Hier ist also das Verhältnis nur etwa 1 : 1,4 : 4,5. Ähnlich ist es bei Fleisch, das in Deutschland mit 1 Mk. bis 1,20 Mk., in der Schweiz mit 1,60—2 Francs, im Elsaß mit 4—6 Francs bezahlt wird; Käse in Deutschland 1,50 Mk., in der Schweiz 1,80 Francs, in Frankreich 4,50 Francs. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß rein zahlenmäßig die Lebenshaltung in der Schweiz lange nicht doppelt so hoch im Preise ist wie in Deutschland, im Elsaß etwa vier- bis höchstens fünfmal so hoch. Das Lohnentkommen des Schweizlers ist aber mehr als 3½ mal so hoch, und auch der Franzose lebt heute noch trotz der Valutaverflechtung und der dadurch bedingten Teuerung im Lande, an die sich die Löhne nicht anpassen, mit einem sechs- bis höheren Einkommen noch weit besser wie der deutsche Arbeiter, der nach wie vor der schlechtbezahlteste Arbeiter der Welt bleibt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Kreittat Lübeck und Heuilleton Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Deutsches und englisches Bürgertum.

C. G. Lübeck, 4. Februar 1924.

Die bürgerliche Presse Lübecks bemüht sich, die englische Arbeiterpartei gegen die Deutsche Sozialdemokratie auszuspielen. Sie konstruiert einen Unterschied zwischen der geistigen Verfassung der englischen und der deutschen Arbeiter. Sie begeistert sich für die enalischen Arbeiter und ihre Kampfmethoden — nicht aus Liebe für den englischen Arbeiter und sein Ringen am kulturellen Aufstieg, sondern weil sie weiß, daß der deutsche Arbeiter hilflos der Willkür brutaler Herrenpolitik preisgegeben wäre, wenn er keine Kampfmethoden nach englischem und nicht nach deutschen Verhältnissen einrichten würde. Denn der englische Arbeiter steht einem politisch gereiften und weitsichtigen Bürgertum gegenüber, der deutsche Arbeiter aber hat mit einem anderen Gegner zu rechnen.

Ueber die Geistesverfassung des englischen Bürgertums schreibt Georg Bernhard in der „Wölischen Zeitung“:

„Die große politische Tradition des englischen Volkes beruht auf der politischen Uebung des englischen Bürgertums. Das englische Bürgertum hat aus seinem eigenen Kampfe, sogar aus dem Vorbild der ihm einseitigen Tories gelernt, das man sich gegen das, was einmal kommen muß, nicht dauernd stemmen kann, und daß es besser ist, heutzutage Konzessionen zu machen, um wenigstens denjenigen Teil der eigenen Rechte zu behalten, die sich mit den Forderungen der neuen Zeit vertragen. Und auf diese Konzessionen bereitet sich jetzt das englische Bürgertum vor. Hat es einmal diese Konzessionen als notwendig erkannt, so wird es logar selbst dann wahrscheinlich machen, wenn es keine englische Arbeiterregierung mehr gibt. Und es wird vermutlich mit den englischen Parteien außerhalb der Arbeiterpartei genau so gehen, wie es einst die Tories gemacht haben: die Parteien, die vielleicht in gewisser Zeit die Ar-

beiterregierung stützen, werden die Forderung dieser Regierung übernehmen und durchführen.“

Wenn in einem Lande ein so weitsichtiges Bürgertum Politik betreibt, so sind die Voraussetzungen für vornehmen Kampfmethode und ruhig sachlichen Meinungsstumpf gegeben. Das deutsche Bürgertum aber — namentlich jener Teil, der in Lübeck von der Wirtschaftsgemeinschaft vertreten wird — achtet weder die politische Schulung noch den Zeitgeist nach die Würde des englischen Bürgertums. Niemals gelangen diese Kreise des deutschen Bürgertums zur Einsicht, daß es unermeldliche Entwicklungen und unvermeidlichen Fortschritt gibt. Sie sehen ihre einzige Aufgabe darin, dem Rad der Geschichte in die Speichen zu fallen. Sie vermögen sich nicht zu erheben zu der politischen Einsicht, daß die Arbeiterklasse eine politische Macht mit eigenen Ideen und eigener idealer Zielsetzung ist, die der einflussvolle englische bürgerliche Politiker als gleichberechtigt achtet. Sie sehen in der Arbeiterklasse immer nur den Untergebenden, den Dienenden, der zu gehorchen hat.

Diese Ueberhebung, die nicht auf Ueberlegenheit, sondern auf politische Unkultur beruht, ruft die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Deutschland hervor. Statt die Verständigung zu suchen, stemmen sie sich nur gegen den unvermeidlichen Fortschritt. Sie laborieren allen Fortschritt, der von der Sozialdemokratie ausgeht. Sie gefährden lieber das Wohl des Ganzen, als daß sie freiwillig im Sinne des englischen Bürgertums Konzessionen machen. Das ist der Grund für die Schärfe der politischen Auseinandersetzungen, die jetzt in Lübeck und anderwärts geführt werden — nicht sozialdemokratische Feinde. Das Bürgertum will zurück zu den politischen und sozialen Verhältnissen von 1914. Das ist unmöglich. Weil aber das Ziel sinnlos ist, gewinnt der Kampf des Bürgertums so vornehmen Charakter — Haß und Wut eines Neim- Geschlechts.

Ohne fortschrittliche Ideale, ohne Weitblick und ohne das Selbstvertrauen einer politisch gereiften Klasse laumelt das deutsche Bürgertum dahin. Wenn ihr schon nach England blickt, ihr Herran, nehmt auch ein Beispiel am englischen Bürgertum!

Bringen **traute Uni**
 Sie Ihre **traute Uni**
 zum billigen **Uhrmacher**.
 (11802) **Gundestr. 32.**



ALLE WELT RAUCHT
LANDE
 ZIGARETTEN
 Fabrik-Lager
 Lübeck
Emanuel Wilke.
 Fernspr. 8293. (11818)

Frauen-Haar
 kauft u. sacht hohe Preise.
 E. Mittelstadt, Neum.
 8-8716. Telefon (11805)

Geschäfts-Verlegung.

Um allen Ansprüchen meines Kundentrefes — der sich bedeutend vergrößert hat — zu genügen, fühle ich mich gezwungen, meine Geschäftsräume bedeutend zu erweitern und ab **Dienstag, dem 12. Februar** nach (11815)

Huxstraße 110

zu verlegen. Indem ich für das mir bisher erwiesene Vertrauen danke, bitte ich meine werte Kundschaft mich auch weiter unterstützen zu wollen.

Kaufhaus Franz Wehrendt

Lübeck

Höchste Preise

für
 Hasen Kanin
 Reh Ziegen
 Schaf Kalb usw.
Felle
 und
Pferdehaare
 Mähnen,
 Kuschelhaare
 (11792) zahlt
J. L. Würzburg
 Wahnstraße 22a.

+ Magerkeit +



Schöne volle
 Körperformen
 durch unser
 „Neuro“ Kräftiger
 in 6 bis 8 Wo-
 chen bis 80 Pf.
 Zunahme. Ga-
 rant. unschädlich. Kräftlich
 empfohlen. Streng reell!
 Viele Dankschreib. Karton
 mit Gebr.-Anm. Mk. 2.50.
Adler-Apotheke.
 Lübeck Ob. Menastr. 10

UHREN
 repariert billig unter
 Garantie. (11818)
 Zipper, Tevenau 43.

Denkmäler

in großer Auswahl in Natursteinen wie auch in
 Kunststeinen (11858)
von Paul Groth
 gegenüber dem Vorwerker Friedhof.

Ein großer Posten
Krenschel-Zigaretten
 (Krenschel-Weißbuden) (11861)
 1000 Stück nur **Mk. 18—20**
Grundmann
 Tabakwaren-Großhandlung
 Schüsselbuden 32 Telefon 418

Damenkleiderstoffe

in großer direkt ab sächs. Fabrik! Unter
 Auswahl andern:
Frottees 1. 5 breit, la. Qual. in vielen 230
 prachtl. Dess., durchw. p. Mtr.
Popeline la. gezwirnte Ware, 1,05 br., 265
 in vielen Farben . . . 3.15 und
Rockstreifen reine Wolle, la. Qual. 3.15 275
 Halbw., ap. Streit., p. Mtr.
F. Spehmann, Breite Str. 31
 im Haus- Arnold Berg, Etagegeschäft.

Göricke-Fahrräder

erstklassiger Ausführung
 und solider Preislage
 empfiehlt (11849)
Th. Vedder,
 Schwartzauer Allee 37. Tel. 1884.

Stoffe

für Herren- u. Damenkleider, Kostüme, Mäntel, Pelzwerk
 und Joppen in den elegantesten Farben und Mustern
 — von eleganten Stoffen aus den besten Ausstattungen
**zu gewaltig herab-
 gesetzten Preisen!**
 Einige Beispiele:
 dunkle streifenlos. Anzugstoffe . . . 150 cm br. 1.60
 grau gestr. . . 150 . . . 2.00
 Pa. starke Stoffe . . . 150 . . . 2.80
 graue feine Stoffe . . . 150 . . . 3.50
 dunkelrot u. grün (Kostüm-Id.) 150 . . . 3.75
 graue kostümst. Anzugstoffe . . . 150 . . . 2.50
 dunkelrot, grau, gestr. . . 151 . . . 5.50
 rot, bl. Anzugstoffe . . . (mit Velle) 150 . . . 6.20
 Pa. st. bl. . . halbw. weite Stoffe 150 . . . 9.50
 usw. (11856)
 empfiehlt
N. Honig's Tuchlager,
 Huxstr. 113.
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Auch im unmittelbaren Kampfe gegen die
 preisverteuernde Wirkung monopolistischer
 Wirtschaftsgebilde haben die Konsumvereine
 und ihre Zentralorganisationen bedeutende Er-
 folge aufzuweisen. Im Jahre 1906 sprengten
 die beiden Großeinkaufsgesellschaften in England
 und Schottland den Ring der Seifenfabrikanten,
 der seine Monopolstellung in der brutalsten
 Weise ausübte. In Deutschland scheiterten im
 Jahre 1907/08 die Bestrebungen der Marken-
 artikelfabrikanten mit dem Ziele der Preisver-
 teuerung an den Maßnahmen des Zentral-
 verbandes und der Großeinkaufsgesellschaft
 Deutscher Konsumvereine.

Der kraftvolle Zusammenschluß immer weiterer
 Verbraucherkreise hat auch in unserer Stadt einen Groß-
 betrieb für die Lebensmittelversorgung erstehen lassen,
 der auf die Preisbildung entscheidenden Einfluß hat.

Der gemeinsame Besitz unserer Mitglieder besteht
 heute aus: (11789)

- 1 Großbäckerei
- 1 Schlachterei und Wurstfabrik
- 1 Mineralwasserfabrik
- 1 Tischlerei
- 61 Allgemeinen Abgabestellen
- 1 Sonderabgabestelle f. Fleischwaren
- 1 Manufakturwaren-Abgabestelle
- 25 eigenen Grundstücken.

Es lohnt sich also für die Verbraucher die
 Wirtschaft in die **eigene Hand** zu nehmen, darum
 stärkt durch ständigen Warenbezug aus unserm eigenen
 Unternehmen den Umsatz.



Wer Waren mit der Schutz-
 marke **G. e. S.** bevorzugt,
 fördert die Eigenproduktion
 unserer Großeinkaufs-
 gesellschaft.
 Nur Taten können helfen.
Der Vorstand.

Ausschneiden!

Paul Fiedler

Psychologe und Naturheilkundiger
Lübeck, Gr. Burgstr. 53 Telefon 3451
 Sprechstunden: Montags, Dienstags,
 Freitags und Sonnabends.
 Behandlung aller Krankheiten.

Sehr geehrter Herr Direktor Fiedler! Hier-
 mit bes ätze ich Ihnen gern, daß Sie mich
 in kurzer Zeit von meiner Tripperkrankheit
 befreit haben. Mein Befinden ist seit derzeit
 ein bedeutend besseres. Ihr Wissen und Können
 gerade auch auf diesem Gebiete dürfte weit-
 mehr bekannt sein. Es wird daher mein Be-
 streben sein, Sie bestens zu empfehlen. Ich
 spreche Ihnen hiermit nochmals meinen innig-
 sten Dank aus. Mit freundlichem Gruß Ihr
 dankbarer Patient. (11807)
 Bruno Niemann, Lübeck, Reiferstraße 10d.



Wulstfessel von 9.00 Mk.
 aus Weide und Rohr.
**Bänke, Tische, Hocker,
 Waschkörbe, Schließkörbe,**
 größte Auswahl (11809)
 zu Fabrikpreisen.
Nur Kräheneite. Z.
 Telefon 8342.

Zucker	7 89 1/2	la. Margarine	48, 55, 65, 70, 80 1/2
Kunsthani	7 42 1/2	Kofostafeln . . .	7 64 1/2
Papierflocken . . .	7 16 1/2	Speisefett . . .	7 60 1/2
la. Backbirnen . . .	7 24 1/2	la. geräucherte	
Gutkochende		Landwurst	7 120 1/2
gelbe Erbsen . . .	7 17 1/2	Schmalz, weiß .	7 69 1/2
Sauerfahl	7 22 1/2	Corned Beef . .	7 58 1/2
Salzheringe . . .	St. 6 1/2	Rond. Milch,	
Matjesheringe St. 12 1/2		gerührt	45 1/2
Seifenpulver		Schweiz. Vollfett	160 1/2
Paket 20 1/2		Tafel Vollfett	7 160 1/2
Petroleum	St. 28 1/2	Schokolade, 4 Tafeln a 100 g 1.—	M
		Gemüsekonzerven billigt.	(11821)

Karl Drefahl,
 Johannisstraße 27.

Wohnungen.

Zur vorbereiteten Baublock Lützenstraße
 sind im Juli noch Wohnungen (3—4 Räume) an-
 solche zu vergeben die mindestens 500 G.-M.
 Hypothekengeld geben und sich reich entziehen.
 Günstige Gelegenheit zur sicheren Erlangung
 einer Wohnung. Auskunft Architekt **Reckstorff,**
 Wengitzstraße 10. Gewerbe- und Handelskammern.
Gemeinnütziger Wohnungsbau, Lübeck
 (11804) e. G. m. b. H.

Ilse- und Kaiser-Brickets
 pro Zentner Mk. 1.55. (11820)
Henry Helm, Fernspr. 3419.
 Fleischhauerstr. 44. Ranastr. 156.

Um die Zukunft.

Zur Bürgerchaftswahl.

Von Paul Löwigt.

Die bürgerlichen Parteien haben sich anlässlich der bevorstehenden Bürgerchaftswahl zu einem Wahlring zusammenschlossen mit dem Ziel, die Sozialdemokratie nach Möglichkeit aus der Bürgerchaft zu verdrängen. Da anscheinend die politischen Unterschiede zwischen ihnen nur gering und die Deutsch-Nationalen nur eine andere Nuance der Demokraten sind - vielleicht ist es auch umgekehrt - so ist das nicht sehr zu verwundern. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus genügt es, darauf hinzuweisen, daß wenigstens im Reich die Deutsch-Nationalen sich als stramme Monarchisten betätigen, während die Demokraten das Gesetz zum Schutze der Republik mit beschleunigter Hast. Man kann daraus erkennen, daß sich unter gewissen Voraussetzungen auch Feuer und Wasser miteinander vereinigen lassen, oder - man war nie ganz aufrichtig bei seiner Sache.

Der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien gilt „nur der Abwehr des unfruchtbaren und niederreichenden Radikalismus“, so sagt Bürgermeister Dr. Neumann in einem Schreiben an die bürgerliche Presse, das dazu bestimmt ist, den Ring der Gegner der Sozialdemokratie zu festigen und die Indifferenzen gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen. Daran ändert auch die Einschränkung nichts, daß es sich „nicht um einen Kampf gegen die Lübecker Arbeiterchaft und ihre berechtigten Bestrebungen handelt.“ Wer die Ziele der Sozialdemokratie kennt und wer die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion verfolgt hat, der muß wissen, daß die berechtigten Bestrebungen der Lübecker Arbeiterchaft nur von der Sozialdemokratie vertreten werden. Eine Verminderung des sozialdemokratischen Einflusses ist deshalb gleichbedeutend mit einer Schädigung der Interessen der breiten Schichten der wertvollen Bevölkerung.

Es wäre ganz interessant, einmal zu erfahren, in welcher Weise denn die Sozialdemokratie in der Bürgerchaft „unfruchtbar und niederreichenden Radikalismus betätigt hat. Der Nachweis dafür wäre sehr schwer zu erbringen, wenn man nicht gelegentliche scharfe Debatten oder das Mißtrauensvotum als genügendes Material ansehen wollte. Demgegenüber muß jedoch festgestellt werden, daß es gerade die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion gewesen ist, die ohne Rücksicht auf Parteinteressen die Aufbauarbeit in reichem Maße geleistet und sehr viel dazu beigetragen hat, daß Ruhe und Ordnung in Lübeck nur selten gestört wurden.

Wer sich übrigens jener Zeiten erinnert, in denen die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion infolge eines schlimmen Wahl-

unrechts noch klein war, der wird wissen, welche Kleinlichen Klatschen und Motive vielfach in den Beratungen der Bürgerchaft zur Geltung gebracht wurden und oft dazu beitrugen, wichtige Senatsvorlagen zu Fall zu bringen - z. B. den Bau verschiedener Schulhäuser, des Staatsarchivs usw. -; der muß, sofern er keine unehrliche Agitation betreibt, weiter anerkennen, daß hierin eine große Besserung durch die Sozialdemokraten herbeigeführt wurde. Für sie kommen nur Gründe des Allgemeinwohls in Betracht, keine besonderen persönlichen, nebenläufigen oder Vorstadtinteressen. Und wie wäre es mit der Beschaffung der für den Staatshaushalt erforderlichen Mittel ohne die energische und uneigennützigste Mitwirkung der Sozialdemokratie geworden? Die Frage stellen, heißt sie auch beantworten. Und das würde auch in Zukunft sehr wichtig sein.

Die Bürgerchaftswahl ist etwas ganz anderes als der Volksentscheid, wenn sie auch seine Folge ist. Von dem Ergebnis der Bürgerchaftswahl hängt es ab, wie Lübeck in Zukunft, d. h. für die nächsten zweidreißig Jahre, verwaltet und regiert werden soll. Darüber gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, daß es auch nach dem 10. Februar, wenn irgend möglich, zu einer Arbeitgemeinschaft in Bürgerchaft und Senat kommen muß, die den ernsten Willen zur Tat werden läßt. Lübecks Wirtschaftsleben und Handel zu fördern, die soziale Fürsorge zu vermehren und die Interessen aller Schaffenden zu wahren. Das Gesicht einer solchen Arbeitgemeinschaft, wenn sie zustande kommt, erhält kein Gepräge von der Stärke der verschiedenen Fraktionen in der Bürgerchaft. Je größer die sozialdemokratische Bürgerchaftsvertretung ist, desto stärker werden die Tendenzen hervortreten, die auf sozialem und kulturellem Gebiete vorwärts drängen und beim wirtschaftlichen Wiederaufbau auch die Bedürfnisse der Schaffenden nach Möglichkeit berücksichtigen.

Was die kommenden Jahre zeitigen werden, weiß heute noch niemand. Gewiß ist, daß auch in Lübeck einschneidende steuerliche Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, daß ein Abbau kultureller und sozialer Einrichtungen droht. Von dem Ergebnis der Bürgerchaftswahl wird es mit abhängen, wieviel zerrüttet oder was noch verbessert werden kann. Eine starke sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion bietet die Gewähr dafür, daß hierüber die Allgemeinheit, vor allem aber die schon jetzt schwer bedrückte wertvolle Bevölkerung, vor Schäden bewahrt und in ihren berechtigten Interessen geschützt wird. Daran können auch die auf anrüchligstem Sumpfboden am besten gedeihenden Wahlfliegen nichts ändern.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die letzte Gewerbesteuer-Vorlage nicht einmütig von allen auf dem Boden der Arbeitgemeinschaft stehenden Parteien angenommen worden ist, nachdem eingehende und langwierige Verhandlungen vorausgegangen waren. Es bedeutet eine völlige Verkennung der staatsbürgerlichen Notwendigkeiten, wenn eine Partei dem Staate die Mittel zu seiner Existenz verweigert, weil in einigen, doch nicht entscheidenden Punkten die Gesetzesvorlage den Wünschen der betreffenden Partei nicht entsprochen hat. Vollends muß es mißbilligt werden, wenn einzelne Mitglieder der Parteien (der Arbeitgemeinschaft. Red.) sich nachträglich öffentlich dessen rühmen, daß sie eine Gesetzesvorlage, durch die die Wähler belastet werden können, abgelehnt hätten.

Wie ist Ihnen nun, Herr Rechtsanwalt? Ist das nun auch Geistesarmut? Ist das auch Gefasel?

Nur noch wenige Worte über die ewige Ausrufe der bürgerlichen Parteien, an unserem Finanzelend sei Erzberger schuld. Stellen Sie sich doch nicht so dumm! Sie wissen ganz genau, daß Erzbergers Steuerpläne an sich großzügig und richtig waren. Leider wurden sie nach des Urheber's Abgang und Ermordung infolge der Geldentwertung ausgehöhlt und wertlos. Und die bürgerlichen Parteien insgesamt verhinderten die Aufwertung der Steuern. Sie verhinderten also, daß die ursprünglichen Erzberger'schen Pläne einen Inhalt bekamen. Und so höhnte der stetige Tropfen der Geldentwertung schließlich den Stein der Steuern aus - das Reich bekam nichts mehr. Es ging pleite.

Ist daran Erzberger schuld? Oder die anderen, die seine Steuern sabotierten? Die Antwort wird nicht schwer sein. Und selbst Herr Rechtsanwalt Ewers wird diese Tatsache begreifen können, trotz der Diagnose Julius Cäsars.

Weiter: Die Behauptung von dem heimlich gegebenen Versprechen der Sozialdemokraten über die Besteuerung des Konsumvereins ist ein feierlicher Schwindel. Er ist längst richtig gestellt. Die übrigen „Tatsachen“, die Rechtsanwalt Ewers aufzählt, bewegen sich auf derselben Höhe. Sie rufen nur die eine Frage hervor: Glaubt Herr Ewers selbst an das, was er schreibt? Dann ist er bemitleidenswert, sehr bemitleidenswert.

Aber höchst wahrscheinlich lacht er selbst über seine „Thesen“ und über diejenigen, die davon nur ein Wort glauben. Dann wird es uns allerdings gestatten, daß wir ihm einige der zartesten Blüten seiner Darstellungsart zurückgeben, als da sind: Sinnlos aufgepeitschtes Gerede! Unsinngel! Schändliche Demagogie! Gefasel! Geistesarmut! Verlogene Demagogie! „Sausfall!“

(Ausdrücklich sei noch einmal darauf hingewiesen, daß alle diese Blüten aus dem Targan des höchst ehrenwerten Rechtsanwalts Ewers selbst stammen. Weshalb der „Volksbote“ für ihren inneren und äußeren Anstand die Verantwortung ablehnen muß.)

Arbeiter! Beamte! Angekettete! Nur in einer kleinen Gegenüberstellung wollen wir zeigen, wie bürgerliche Finanzpolitik aussieht, wenn dem großen Wort die nackte Tatsache gegenübergestellt wird. Alle meilenlangen General-Anzeiger-Artikel schaffen nicht die Tatsache aus der Welt, daß die bürgerliche Steuerfurchen und Steuerunmoral die Finanzen des Reiches und der Länder zerrüttet und die deutsche Mark in den Sumpf schleudert haben. Die Folge dieses Zustandes sind Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit, Unruhen, völlig unzureichende Löhne und Gehälter.

Heute verspricht die Wirtschaftsgemeinschaft 1924 goldene Berge. Und morgen? Ausgelacht werdet Ihr morgen!

Left, was der bürgerliche Kandidat und Angestelltenvertreter Ewe über die Hungerpeitsche seines eigenen Listenführers des Fortschritts vom Arbeitgeberbund, Thiel, schreibt. In der neuesten Nummer der Angestellten-Kundschau! Left das und überlegt!

Dann werden alle davon überzeugt sein, daß kein Beamter, Angestellter oder Arbeiter die Liste Thiel wählen kann.

Nur die Liste der sozialdemokratischen Partei kann in Frage kommen, die

Liste Gustav Ehlers.

Geistesarmut.

Die Leser des „Volksboten“ wissen, daß er den Wahlkampf in ruhiger Sachlichkeit führt. Der Redaktion des „Lübecker Generalanzeigers“ fällt diese Sachlichkeit auf die Nerven; denn sie straft ihre Schauermärchen von Treiben des Linksradikalismus in Lübeck Lügen. Jeden Tag verucht sie darum, die Redaktion des „Volksboten“ vom Gebiete des sachlichen Kampfes auf das Gebiet des persönlichen Kampfes zu locken. Dielem Zwecke dienen lange Artikel, die von A bis Z nichts enthalten als persönliche Apöbeleien. Die Zielscheibe dafür ist Genosse Leber, neuerdings ist auch Genosse Geyer an der Reihe.

Diese Methode des Wahlkampfes diskreditiert nicht nur den Generalanzeiger, sondern das Lübecker Bürgertum. Man erhebt im Lübecker Bürgertum doch wohl Anspruch auf hohes kulturelles Niveau? Hat es sachlich wirklich garnichts zu sagen, daß es sich gänzlich einer pöbelnden Journalistik anstiefeln muß? Empfündet es nicht brennende Scham über eine solche journalistische Vertretung?

Die Redaktion des „Volksboten“ wird sich nicht auf das Gebiet kleiner persönlicher Reichkämpfungen begeben. Sie wird ihren sachlichen Kampf fortsetzen, und dem „Generalanzeiger“ die Methoden übler Skandaljournalisten allein überlassen. Mag er weiter seine Geistesarmut hinter Schmutzereien verbergen.

Wird die Mark stabil bleiben?

C. G. Lübeck, 6. Februar 1924.

Es ist die Schicksalsfrage für die deutsche Arbeiterchaft, ob die Stabilität der Mark gehalten werden kann oder nicht. Denn Stabilität der Währung bedeutet die unumgängliche Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft, für die Wiederherstellung der Proportionalität der Produktion, für die Herbeiführung geundeter Preisverhältnisse, für eine zielbewusste Finanz- und Wirtschaftspolitik, für den Aufbau der Sozialpolitik. Die Stabilität der Währung beseitigt die Unklarheit und Verwirrung unserer sozialen Verhältnisse. Sie zerreißt alle verhüllenden Schleier und läßt die Stellung der Klassen zueinander klar erkennen.

Hier ist der Punkt, wo die Interessen der Arbeiterchaft - wie fast immer - mit den Interessen des ganzen Volkes sich decken. Aber bisher war es so, daß in der Frage der Markstabilisierung gegen die Interessen der Gesamtheit und der Arbeiterchaft die Interessen der Schwerindustrie und der Großfinanz, und die Interessen jener breiten Groß- und Kleinpekulantienkreise standen, die mit den Großen mitgehen. Dieser Kampf der Spekulantieninteressen gegen die Mark und damit gegen die Interessen des Volkes war der schärfste Klassenkampf, der geführt werden konnte. Das Ergebnis dieses Kampfes war eine wahrhafte soziale Revolution. Zunächst vollzog sich eine gewaltige Umwälzung der Vermögen in Deutschland, die einen erheblichen Teil des Volksvermögens aus den Händen des mittleren Besitzes in die Hände weniger gewaltiger Trübs überführte. Der mittlere Besitz selbst, der immer nur sah, daß es ihm in der Inflationsperiode besser erging, als der Arbeiterchaft, hat in seiner Verblendung diesen Prozeß gefördert. Die Reue aber und die Intellektuellen haben darunter fürchterlich gelitten.

Der Arbeiterchaft waren im Kampfe gegen den unheilvollen Inflationsprozeß die Hände gefesselt. Ihre parlamentarische Macht war schwächer als der Druck der Spekulantieninteressen auf die bürgerlichen Parteien. Das Fortschreiten der Geldentwertung zog ihr im gewerkchaftlichen Kampfe den Boden unter den Füßen weg. Die Vereinnahmung lenkte starke Arbeiterkreise von dem stetigen zielbewussten Kampfe gegen die Ausbreitung Deutschlands durch die Großpekulation ab und führte sie den Extremen in die Arme, die sich Illusionen hingeben, die aus der Verzweiflung geboren sind.

Erst als es den breitesten Schichten des Bürgertums fürchterlich klar wurde, daß diese großkapitalistische Revolution zum Untergang Deutschlands führte, gelang es, die notwendigen währungsrechtlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark durchzuführen. Dieser Zeitpunkt trat spät, viel zu spät ein - durch die Kurzsichtigkeit des deutschen mittleren Bürgertums, das nicht einmal seine eigenen wirtschaftlichen Interessen mit Weiblich wahrzunehmen verneht.

Die währungsrechtlichen Maßnahmen allein garantieren die Dauer der Stabilität nicht. Die Reichseinnahmen müssen mit

den Reichsausgaben in Einklang gebracht werden. Die Ausgaben sind bereits so beschnitten, daß nur eine weitere starke Erhöhung der Einnahmen übrig bleibt. Wollte man die indirekten Steuern stärker anspannen, so würden die daraus sich ergebenden Preiserhöhungen auch die Ausgaben des Reiches neu erhöhen. Es bleibt die stärkere Heranziehung des Beiziges.

Die stärksten politischen Kräfte, die diese Sicherung der Stabilität bewirken können, sind die Kräfte der Sozialdemokratie. Mit ihnen zusammen dem zielbewussten Kampfe gegen die Diktatur des Großkapitals zu führen, wäre die Aufgabe des weitsichtigen deutschen Bürgertums. In Lübeck aber schließt sich das Bürgertum in der „Wirtschaftsgemeinschaft“ an das Großkapital an im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Es wurde nicht einmal durch Schaden klug.

Es gibt darum nur eine Möglichkeit, politisch die Stabilität der Währung zu sichern:

Wählt Sozialdemokraten!

Finanzpolitik und bürgerliche Parteien.

Dr. L. Lübeck, 7. Februar.

„Das beschämendste an Geistesarmut, was die Sozialdemokratie ihren vermeintlichen oder erhofften Wählern aufzutischen mag, ist ihre neuerdings ins Werk geleitete von der bürgerlichen Finanzpolitik ausposaunte Propagandatätigkeit: Die Sozialdemokraten werben bei jeder erdenklichen Gelegenheit den bürgerlichen Parteien vor, daß sie durch eine nur von eigennütigen Motiven diktierte Finanzpolitik das finanzielle Elend des Reiches und der einzelnen Staaten herbeigeführt hätten. Gegenüber diesem Gefasel, auf das nur ganz Unkundige, die über die Finanzpolitik des Reiches und der Länder seit 1918 und ihre Grundzüge überhaupt nichts wissen, hereinfallen können, verlohnt es sich, einige nackte Tatsachen anzuführen.“

So geschrieben von Rechtsanwalt H. Ewers im General-Anzeiger vom 5. Februar. Vielleicht erlaubt uns der Herr Rechtsanwalt, ohne in sein gewöhnliches wildumpfes Gebrölle auszuweichen, diesmal die Erwiderung einem anderen zu überlassen. Also nicht wir „Unkundigen“ wollen antworten, sondern ein anderer, der selber auch Herr Ewers als „Kundigen“ ansprechen wird, der volksparteiliche Finanzsenator Dr. Kallbrenner von Lübeck, soll es tun.

Am 23. Juli 1923 machte Senator Kallbrenner, ein sonst so zurückhaltender und vorsichtiger Sprecher, mit erhobener Stimme folgende Ausführungen:

„Nicht als ausreichend kann dagegen die auf die Geldentwertung bezügliche Bestimmung des Gewerbesteuergesetzes, insoweit sie eine (von den bürgerlichen Parteien erzwungene. Red.) Beschränkung auf eine gewisse Zahl Einheiten enthält.“

Deine Feinde

sind im reaktionären Wahlring vereinigt. Sie kämpfen für Klassenvorrechte der Besitzenden, verlängern Dir die Arbeitszeit, kürzen Dir den Lohn!

Glimme sie nieder!

Wähle die Liste Ehlers!

Auf zur Wahlklocht!

Morgen wird die Schlacht geschlagen! Morgen ist der Tag der Wahl! Einer muß dem andern sagen: Nieder mit dem Kapital! Nieder mit dem Egoisten, Mit dem raffenden Gekoch, Mit den Juden, mit den Christen Des gesamten Bürgerblods!

Soll das Kapital diktiert Nach dem Grundjah: Dein ist mein? Soll der Hausbesitz regieren? Soll der Schieber Herrscher sein? Soll die Nahrung sich verteuern, Schuhwerk, Kleidung, Wohnungsgeiz: Drücken soll sich vor den Steuern Die Gnäne des Gewinns?

Soll der Werkmann Hunger leiden, Wenn er hämmert, baut und gräbt? Soll er sich in Lumpen kleiden, Wenn er seinste Tuche webt? Soll sein Kind, sein Weib sich härmen, Betteln um ein Stückchen Brot, Sich am kalten Ofen wärmen, Kochen mit dem Salz der Not?

Nein, denn nur in euren Händen Liegt das Schicksal eurer Zeit! Leid kann viel zur Freude wenden, Wenn ihr alle einzig seid. Wenn die Jagen und die Launen Siegeszuversicht befecht, Wenn ihr alle, Männer, Frauen, Liste Gustav Ehlers wählt!

Morgen wird die Schlacht geschlagen! Morgen geht's zum Volksgericht! Morgen flattern rote Flaggen, Wenn das Volk das Urteil spricht! Morgen müssen wir gewinnen! Morgen wird der Ring gesprengt! Morgen wird auf Lübecks Zinnen Der bestiegte Schelm gehent!

Victor Kalinowski.

Die alte Sozialdemokratie lebt!

Wahlversammlung im Gewerkschaftshaus.

Die sozialdemokratische Partei hielt gestern Abend ihre letzte Wahlversammlung. Die Versammlung, die von über 3000 Personen besucht war, nahm einen interessanten Verlauf. Dr. Gezer zeigte in einstündigen Ausführungen den tiefsten Sinn der Wahl in Lübeck auf, den Versuch der Teile des Bürgerlums, die in Lübeck dem Stinnesgeist vertreten, die Arbeiterklasse politisch zurückzubringen und auszuwählen. Er schilderte den unheilvollen Einfluß, den der Dreibund Stinnes, Gavenstein und Helfferich auf die Geschicke Deutschlands und das deutsche Wirtschaftsleben ausgeübt haben. Seine Rede war eine würdige Anklage gegen die Diktatur der Schwerindustrie. Sie gipfelte in der Aufforderung, den Staat zu retten gegenüber den selbstherrlichen Wirtschaftskräften und dem Aufruf zur Sammlung der Arbeiterklasse unter dem Banner der Sozialdemokratie.

Genosse Mehllein unterzog die bürgerlichen Parteien einer eingehenden Kritik. Es wies nach, wie die reaktionären Tendenzen in den bürgerlichen Parteien, besonders in der Wirtschaftsgemeinschaft, heute wieder zum Durchbruch kommen. Dann unterzog er die Haltung der Kommunisten einer eindringlichen und scharfen Kritik.

In der Diskussion machte der Kommunist Rog den Versuch, die kommunistische Forderung der Diktatur des Proletariats zu begründen. Vor allem aber wollte er die völkisch-kommunistische Verbrüderung vom Freitag aus der Welt schaffen. Er suchte sie einfach abzuleugnen, und sprach sich als vertrieben bezeichnet, und in der Rollenversammlung auch hinter den Kulissen war, hilft ihm beim Lügen.

In ihren Schlussworten unterzogen die Genossen Mehllein und Gezer die kommunistische Taktik einer vernichtenden Kritik.

Die Versammlung war eine eindrucksvolle Kundgebung. Gewohnt folgten die Massen den Worten unserer Redner. Alle kommunistische Zwischentöne verdrängten die geschlossene und entschiedene Stimmung der Versammlung nicht zu hören. Von den Tribünen ließen Kommunisten Hunderte von bunten Handzetteln zur Verunglimpfung der Sozialdemokratie regnen. Umsonst — kein Störungsversuch verfrucht. Als am Schluß Genosse Haut in kurzen kräftigen Worten zur Wahl der sozialdemokratischen Liste aufforderte, da kam die Stimmung der Versammlung zum Durchbruch. Ein brausendes Heer auf die deutsche Sozialdemokratie bröhte durch den Saal. Jovian stimmte die Versammlung den Sozialisten an.

Das war eine Kundgebung der selbstbewußten alten Sozialdemokratie! Geschlossen und zuversichtlich geht sie in die Wahl, alle kommunistischen Zerlegungsversuche abshütend. Je härter der Angriff der gegnerischen Parteien, um so geschlossener stellt sich die Sozialdemokratie ihnen entgegen. Dieser Muthoch verleiht eine günstige Wahl!

Hein und Kori.

Ein kleiner anderer Mannes Kreis: uns:

Zeigende Unterhaltung spielte sich zwischen 2 Personen ab: „Sag mal Hein, was ist eigentlich Wirtschaftsgemeinschaft?“ „Das will ich dir sagen, Kori. Das ist die Idee, die während dem Krieg in die Wirtschaften geblasen hat bis Grog und Wien von Dörschollen inacht. In Lübeck seiten dürfte Dröder an dem grünen Tisch in de Schippergesellschaft. Hat sich dort noch weiter fort, de mal ein Zigarre freegen hebt und de mal up de Schullers Kopp hebt, weil de Dammes nich ad wird. Na de Wahl wird man sich nicht mehr op de Schullers Kopp an je kriegt et kein Zigarre mehr. Denn ward je woll merken, dat je weiter mal unruhig sind. Na, nu weest Du, wat dat mit de Wirtschaftsgemeinschaft ap ist den.“

Die kommunale Mikrowirtschaft der Wirtschaftsgemeinschaft

Den hiesigen bürgerlichen Parteien steht in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie die richtige und wirkungsvolle Parole. Sie wissen nicht recht, welche Schandtaten sie der ihnen verhassten Arbeiterpartei andichten sollen und betätigen sich deshalb im allgemeinen nach Wiederzäuerart so gut es geht mit der Wiederholung von Verdächtigungen, die bereits anlässlich des Volksentscheidens ausgesprochen und widerlegt worden sind. Das verlangt nicht viel Gehirnmaß und überzeugt vielleicht den einen oder andern derjenigen, die glauben, eine Unwahrheit wird dadurch zu ihrem Gegenteil, daß man sie öfter und in mannigfacher Form zum Vortrag bringt. Auf die Dauer wird das Verfahren jedoch langweilig und zieht immer weniger, auch wenn die Worte stets laßtler und bußiger werden.

Das erkannte auch Hans Ewers, der volksparteiliche Rechtsanwalt „Wiederaufbauer“, dem die Wirtschaftsgemeinschaft von 1924 sowie ihre Anhänger (Haus- und Grundbesitzerverein usw.) die Führung der Geschäfte übertragen haben. Hans Ewers ist ein starker Mann von der Art des Achill oder der „Tage in der „Schönen Helena“. Er weiß, wo und wie er die roten Trojaner packen und besiegen kann und erinnert sich zugleich an das trojanische Pferd, das als bedeutungsvolles Mittel zur Niederzwingung von Ilios gedient haben soll. Im Zeichen des modernen Kampfes gegen die Sozialdemokratie tut jedoch das durch die Technik überholte Pferd nicht mehr die Dienste, wie tausend Jahre vor unserer Zeitrechnung, und so stellt Hans an seiner Stelle die — Straßenbahn in seinen Dienst.

Wie ist das möglich? fragt der Unkundige, nicht mit allen Waffern Gewaltes zunächst. Was hat denn die Straßenbahn mit der Bürgererschaftswahl zu tun und gar mit den Sozialdemokraten? Aufbauer Hans Ewers, der Lübeck herrlichen Zeiten entgegenzuführen verspricht, wenn ihm genug Dumme auf den Leim der „Wirtschaftsgemeinschaft“ irtuchen, macht das so: Er weiß, daß es nicht wenige Leute gibt, denen der heutige eingeschränkte Straßenbahnfahrplan und der Fahrpreis begreiflicher Weise nicht gefällt, und auf diese richtet er seine begehrtlichen Wände. Dabei muß als selbstverständlich betont werden, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterklasse und ihre Vertretung in der Bürgererschaft eine halbtägige Verbesserung und Verbilligung unseres Verkehrs einrichtet, aber in einer Weise, die die Erhaltung der Straßenbahn ermöglicht. Auf solche Nebenächlichkeiten kommt es jedoch Hans Ewers nicht an, denn dann könnte er ja die Straßenbahn nicht als zeitgemäßes Mittel gegen die verhassten Gegner in Bewegung setzen. Und das will er doch nur und deshalb verzärt er folgendermaßen: Er schreibt an den Vorstand der städtischen Betriebe einen langen Brief, in dem er in der ihm geläufigen geschmackvollen Tonart die verschiedenartigsten Einwände vor sich gibt. Beispielsweise: „Die Frequenz der Straßenbahn leidet, daß ihrerseits eine Aufrechterhaltung des verkehrsbehindernden Ein-Mann-Systems nicht mehr erforderlich ist. (Da Ewers selbst angibt, daß er nur nach seinen Beobachtungen urteilt, so ist wohl anzunehmen, daß er seine Meinung über die Frequenz auch auf dieser „sicheren Grundlage“ aufgebaut hat. Red.) Dennoch wird dieses System als „System“ weiter krampfhaft aufrecht erhalten. Zwar muß es in den Hauptverkehrsstunden unterbrochen werden, indem in der inneren Stadt wenigstens ein zweiter Mann die Wagen besetzt, um seinerseits das Inzestgeschäft zu übernehmen. Dieser Mann bevollmächtigt, solange er nicht im Wagen tätig ist, den Vorbesitzer, den er mit seinem biden Paket auch schon über Gebühr belasten würde, wenn dort nicht meistens außer den handtastischen Eßigbübel, Gemüßkörbe und anderes Packgerät normalerweise untergebracht wäre. Der Zutritt zu den Wagen ist in den seltensten Fällen ohne Beschädigung von Kleidungsstücken möglich. . . . In Tagen mit schlechtem Wetter können die Wagen nur mit Verspätungen von 10 Minuten verkehren. . . . Neben diesen Mängeln muß noch ein weiterer zur Sprache gebracht werden, der m. E. fast noch verkehrseindlicher und hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Bahn vielleicht sogar noch katastrophaler ist, ein Mangel, den ich mit einem derben Wort als „Anschlußhimmel“ bezeichnen möchte. Meines Wissens macht dieser Mangel sich in grösster Form nur breit am Kohlmarkt. Man erinnert sich, daß der bürgerliche Senator Strack in der Bürgererschaft den „Anschlußhimmel“ von Ewers als eine für die Straßenbahnbenutzer sehr günstige Einrichtung in der Bürgererschaft pries und — Ewers damals dagegen nichts einzuwenden hatte. Im übrigen sprechen seine maßlosen Uebertreibungen für sich. Dann stellt Ewers als der Verfasser solcher schönen Ergüsse humoristische Betrachtungen über die Gefühle der Straßenbahnfahrergäste am Umsteigepunkt an, um später auf den Tarif einzugehen. Auch hier ankündigend natürlich wieder ohne die geringste Kenntnis der Gründe, die für die heutigen Preise maßgebend sind, jedoch gestützt auf ebenio „sichhaltige“ Ausführungen seines wirtschaftsgemeinschaftlichen Freundes Pastor Zielentz in Zukunft. Das Dreselstalt solcher vorzefflichen humorgewürzten Darlegungen sind folgende Forderungen:

- 1. Sofortige Aufhebung des Ein-Mann-Systems auf allen die innere Stadt berührenden Linien;
2. Einführung eines 10-Minuten-Verkehrs auf allen die innere Stadt berührenden Linien;

- 3. Einführung eines 10-Pfg.-Tarifes — event. ohne Umsteigerberechtigung innerhalb der inneren Stadt;
4. Aufhebung des direkten Anschlusses am Kohlmarkt.

Solche Forderungen sind gewiß sehr schön und wer sie erhebt, der findet Beifall. Das weiß auch Hans Ewers und deshalb erhebt er sie überhaupt nur. Wenn diese genialen Gedanken nicht erst am Ende des Wahlkampfes ausgesprochen worden wären, so hätten andere sie noch in angemessener Weise ergänzen und verbessern können. Warum denn beim 10-Pfg.-Tarif bleiben, wo der 5-Pfg.-Tarif doch noch billiger und der 5-Minuten-Verkehr noch günstiger wäre! Daß die meisten mit Lübeck vergleichbaren Städte, soweit ihre Straßenbahnen überhaupt noch in Betrieb sind, höhere Fahrpreise als die Lübecker erheben, läßt Hans Ewers kalt; ihm gilt nur Kofkad und Hamburg etwas. Aber er hat auch soziales Empfinden. Feuchten Auges denkt er jetzt der Straßenbahner die anlässlich der Durchführung des Ein-Mann-Systems nach teilweise langjähriger Dienzeit leider entlassen werden mußten, ohne daß feinerzeit die Empfindungen des Herrn Ewers dadurch merklich berührt wurden. Aber zur Bürgererschaftswahl macht sich ein solches Mitgefühl unter Umständen bei der Stimmabgabe bezahlt. Man vermisse es bisher bei Herrn Ewers immer, wenn seine Freunde und Auftraggeber von der „Wirtschaftsgemeinschaft“ Arbeiter und Angehehlte, die viel länger als 10 Jahre ihre Knochen für den Unternehmer zu Markte trugen, kurzer Hand auf die Straße warfen und dem Hunger preisgaben. Auch gegen den Lohnabbau, den der Arbeiter verurteilt, hat bisher der wadere Menschenfreund Ewers nichts einzuwenden gehabt, sondern ihr im Gegenteil als im Interesse des kapitalistischen Aufbaues nur begrüßt. Es macht sich demnach besonders gut, wenn man von den staatlichen Einrichtungen „populäre“ Maßnahmen fordert, die deren Ruin und damit vermehrte Arbeitslosigkeit bedeuten. Wie wäre es nun, wenn Herr Ewers seinen Herrschaften von der Industrie auf ähnlicher Grundlage beruhende Verbesserungsorschläge entgegenbrächte. Das würde wahrscheinlich nicht wenig zu ihrer Erleichterung beitragen. Vom Vorstand der städtischen Betriebe ist Herr Ewers mitgeteilt worden, daß bei restloser Durchführung der vier vorstehend wiedergegebenen Forderungen innerhalb ganz kurzer Zeit die Straßenbahn stillgelegt werden müßte. Das wird den Anwalt der Wirtschaftsgemeinschaft natürlich wenig imponieren, denn was bedeutet der zwar in Deutschland anerkannte sachkundige Generaldirektor Hende oder Direktor Zimmermann im Vergleich zu ihm, der alles besser weiß.

Warum wir dies alles bringen? Herr Ewers hat in einem Schreiben an den Vorstand der städtischen Betriebe selbst betont, daß er sich „schon im Wahlkampf genötigt sehe, auf die Straßenbahnwirtschaft als den Typus einer kommunalen Mikrowirtschaft hinzuweisen.“ Also es handelt sich bei ihm um eine ganz gewöhnliche Wahlmache, die mit allerlei Brimborium versehen wird, um lediglich agitatorisch gemeinte Vorschläge. Und schließlich geht Herr Ewers über den Verwaltungsrat, der an allem schuld sei, weil er nach politischen Gesichtspunkten zusammengeseht sei. Demnach hat für ihn der Vorstand wohl nur eine nebenjächliche Bedeutung. Nun ist es aber interessant, zu wissen, wer in dem für die angeblische „kommunale Mikrowirtschaft“ verantwortlichen Verwaltungsrat neben den Sozialdemokraten sitzt. Da sind: Senator H. Ewers, ein Kaufmann und Parteigenosse von Ewers, der Präses der Handelskammer Eichenburg, der Direktor der Maschinenbaugesellschaft Kuhner, der Oberbaudirektor Hase, früher Leiter der städtischen Werke, Klempnermeister Thode, Vorsitzender der Gewerkschaften. Natürlich können auch sie nicht mit der „wirtschaftlichen Einsicht“ eines Hans Ewers konkurrieren, aber es gibt immerhin Leute, die sie nicht für solche Schaumischläger wie einen gewissen Rechtsanwalt halten.

Wie schlecht muß es doch um die Sache der sogenannten Wirtschaftsgemeinschaft stehen, wenn sie gezwungen ist, mit solchen Mitteln, wie Ewers sie ankündigt und anwendet, zu arbeiten. Wer Sachkenntnis nicht für notwendig hält, wenn er bedeutungsvolle und ruindose Forderungen bei städtischen Betrieben erhebt, sondern meint, es genüge, daß man aufgeschlagen über „kommunale Mikrowirtschaft“ schelte, der taugt allerdings wohl ganz hervorragend zum Vorsitz der „Wirtschaftsgemeinschaft von 1924“, aber in der Bürgererschaft wird er nur schädigend die Interessen der Allgemeinheit beeinflussen.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die städtischen Betriebe so wirtschaftlich wie irgend möglich arbeiten, und daß die Preise für die Straßenbahn ebenso wie die Tarife für Gas-, Wasser- und Elektrizität so niedrig wie nur anständig gestaltet werden. In dieser Richtung wirken auch ihre Vertreter im Verwaltungsrat. Als man an Hans Ewers in Lübeck noch gar nicht dachte, vertraten die Sozialdemokraten bereits die Verkehrsinteressen und die Interessen der Straßenbahner. Ihrem Vorwärtstreiben ist es mit zu danken, wenn in dieser Beziehung in Lübeck manches geschehen ist. Das Totengräberamt in den hiesigen Verkehrsrichtungen überlassen wir gern dem „Wiederaufbauer“ Ewers. Wer wirklich Verbesserungen auf dem Gebiete des Verkehrswezens will, der muß stimmen für die

Liste Gustav Ehlers.

Hausbesitzer!

Seit Jahren werdet Ihr von dem Neuen Grundeigentümerverein am Gängelband herumgeführt. Dessen Vertreter in der Bürgererschaft, die Dinter und Hefli, vertragen Euch keinen Hausbesitzer Hilfe in wirtschaftlichen Nöten, die Euch umgarnen wie jeden andern Proletarier. Sie behaupteten, politisch unbeeinträchtigt Eure Interessen in der Bürgererschaft vertreten zu wollen. Das haben sie nicht getan. Die Wortführer des Neuen Grundeigentümervereins waren von Anfang an politisch reaktionär eingestellt, sie stimmten in allem und jedem mit den Volksparteilern und Deutschnationalen, trieben ausgesprochen arbeitseindliche Politik. Und fanden trotz aller Anbiederung bei den Kapitalvertretern keinen Anklang.

Ihr kleinen Hausbesitzer, glaubt Ihr, es sei von Vorteil, wenn Euch auf der einen Seite ein Pfennig gegeben, aber auf der anderen ein Taler genommen wird — durch die Unterstützung reaktionärer Politik? Könt Ihr als Arbeiter es verantworten, den Schleppeuträgern des Großkapitals nachzulassen, Euren guten Namen herzugeben?

Nein! Nur proletarische Politik kann Euch von den Sorgen Eures kleinen oder erarbeiteten Besitztums befreien.

Man wähle Euch im Neuen Grundeigentümerverein am Gängelband, weil die richtigen Hausagrarien Staffage zur Bedeckung ihrer wahren Absichten brauchen. Dazu seid Ihr kleinen Hausbesitzer und Proletarier viel zu gut.

Beherzigt die Fragen, die bei der Gründungsversammlung des Freien Grundbesitzervereins an Dinter gestellt wurden, und verneimt seine Antworten:

1. Frage: Hat die jetzige Vertretung des Grundeigentümervereins den Grundeigentümern etwas genügt.

Dinters Antwort: Nein, denn alle Parteien haben sich von uns abgewandt.

2. Frage: Ist die Hausbesitzerfraktion rein wirtschaftlich — weshalb hat sie dann politisch mit dem reaktionären Bürgertum gegen die Arbeiter gekämpft?

Dinters Antwort: Solange die Sozialdemokraten nicht machen, was wir wollen, solange wird die Hausbesitzerfraktion stets gegen die Sozialdemokratie und für das Kapital stimmen.

Hier seht Ihr das wahre Gesicht derer um Dinter und Hefli. Solch rüchschrittlisch gesinnte Leute buhlen um Eure Stimmen. Die könnt Ihr bei einiger Ueberlegung ihnen nie als geben.

Eure Stimme gehört der Sozialdemokratie, die im Rahmen ihrer großzügigen Politik auch Eure Interessen als kleine Hausbesitzer vertritt und jederzeit vertreten hat.

Deshalb fort mit der Liste Dinter. Nur die

Liste 2 Gustav Ehlers

kommt für Euch in Frage.

Wählt sozialdemokratisch!

Merkt auf!

Eine Lübecker Werft hat den Bau von zwei Schiffen trotz Drängens der Reederei abgelehnt. Auf Anordnung des Arbeitgeberverbandes. Die Arbeiterschaft ist noch nicht mürbe genug. Sorgt man so für Brot und Arbeit? Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes ist Thiel, Listenfürher der Wirtschaftsgemeinschaft von 1924.

Die Schiffe werden nunmehr in Hamburg gebaut. So sieht der Aufbau der Wirtschaftsgemeinschaft 1924 aus!

Er leugnet!

Der Haus- und Grundbesitzerverein als Helfershelfer der Deutschvölkischen und Kommunisten.

Wir berichteten am Dienstag über Ausführungen, die Herr Dietrich als Kandidat des Haus- und Grundbesitzer-Vereins in einer Volksversammlung in Dissa gemacht hatte. Er betonte, daß dem Haus- und Grundbesitzerverein von der Wirtschaftsgemeinschaft gestattet sei, eine besondere Vorschlagsliste aufzustellen und endete zum Entsetzen der Anwesenden mit der bemerkenswerten Aufforderung, auf dem Lande entweder deutschvölkisch oder kommunistisch zu wählen. Nun ist es Herrn Dietrich sehr un bequem, daß der „Volksbote“ das angemerkt hat und deshalb streitet er seine Ausführungen, die er selbst als Blödsinn charakterisiert, jetzt einfach ab. Das geht aber nicht, denn es waren außer ihm noch etwa 50 Zeugen da, die Dietrichs famose Rede mit anhörten und auch das Schlüsselwort des Referenten, in dem dieser gleich den nötigen Kommentar zu solcher Wahlhilfe der Haus- und Grundbesitzer für Rechts- und Linkspolitischen gab.

So fabriziert Herr Dietrich heute Wahlsügen, wenn er heute nicht mehr zu seinem Worte steht. Er wird doch gewußt haben, was er sagt.

An Herrn Rechtsanwalt Ewers!

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Wenn Sie vielleicht, um der Blamage und der allgemeinen Lächerlichkeit zu entgehen, ihr famoses Schreiben an die Städtischen Betriebe nicht veröffentlichten wollen, so wird Ihnen das wenig nützen. Dann werden wir es eben veröffentlicht, damit Ihre Drohung, Sie würden für die häufigen Fälle von Verletzungen Ihres Körpers an den zu schmalen Eingangstüren an Straßenbahnwagen schreckliche Rache nehmen, und zwar im Wahlkampf, doch in die Tat umgesetzt wird.

Merkworte für Wähler.

Wahlzeit in der Stadt von 9-6 Uhr, im Landgebiet von 12-4 Uhr.

Wähle rechtzeitig, möglichst in den Morgenstunden, nimm deine wahlberechtigten Angehörigen und Bekannten gleich mit.

Wähle sozialdemokratisch! Stecke den Stimmzettel Liste 2 Gustav Ewers in das Kuvert.

Das Parteisekretariat ist am Sonntag den ganzen Tag geöffnet. Telefon 2443.

Im Gewerkschaftshaus versammeln sich abends die Genossen. Dort werden die Wahlergebnisse bekanntgegeben.

Wir brauchen Tausende von Wahlhelfern! Jede Genossin, jeder Genosse muß seine Pflicht erfüllen und Wahlhilfe leisten. Dann nur ist der Sieg zu erringen. Bei dieser Wahl geht es um die Interessen jedes einzelnen. Siegt das Bürgertum, dann hat die Arbeiterschaft die schwersten Nachteile zu erwarten. Deshalb kann es dem einzelnen nicht gleichgültig sein, wie die Wahl ausfällt. Melde dich daher jeder zur Wahlarbeit. Werbe jeder in seinem Kreise für die Wahl der sozialdemokratischen Liste Gustav Ewers!

Genossinnen und Genossen! Erfüllt alle eure Pflicht!

Staatliche öffentliche Buchereien.

Die Inanspruchnahme unserer Buchereien, die schon während der Sommermonate v. J. rapide zunahm, hat während der letzten vier Monate einen ganz außergewöhnlich starken Umfang angenommen. Werden dadurch die Mittel und Kräfte unserer Buchereien bis zum äußersten und zum Teil noch darüber hinaus angegriffen, so ist dieser lebhafte Zuspruch doch im Interesse der bildungspflegerischen Arbeit und der kulturellen Bestrebungen, denen unsere Buchereien dienen, aufs lebhafteste zu begrüßen. Allein in der Abteilung Bücherhallen, die seit ihrer Verstaatlichung ungleich mehr als früher von allen Schichten der Bevölkerung besucht wird, betrug die Zahl der in den Monaten Oktober bis Januar neu zugewanderten Entleiher 2141 Personen; davon waren 1426 männlichen, 715 weiblichen Geschlechts. Nach Berufen getrennt entfielen von diesen viermonatlichen Neuzugängen (Zugängen) auf: A. Männliche Leser: a) gelernte Handwerker, Gesellen, Gehilfen 397; b) ungelernete Arbeiter 301; c) selbständige Handel- und Gewerbetreibende 93; d) Handlungsgehilfen 108; e) Angestellte von Gewerbetreibenden 56; f) Handlungslehrlinge 50; gewerbliche Lehrlinge 58; g) Techniker und Ingenieur 21; h) gelehrte Berufe, Lehrer 27; i) mittlere Beamte 33; j) Unterbeamte 64; k) Militärpersonen 5; m) Schüler über 14 Jahre 92; n) Schüler unter 14 Jahre 99; a) Berufslose und Rentner 21. — B. Weibliche Leser: a) Selbständige erwerbstätige Frauen 7; b) gelernte Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, gewerbliche Angestellte 32; c) ungelernete Arbeiterinnen 43; d) Bureauangestellte 81; e) Beamtinnen, Lehrkräften 21; f) Hausangestellte 28; g) Ehefrauen von Handwerkern und Arbeitern 81; von Lehrern und sonst. wiss. Berufstätigen 12; von Beamten und Angestellten 78; von Handel- und Gewerbetreibenden 65; sonstige Ehefrauen 29; h) Rentnerinnen und Witwen 90; i) sonstige Berufslose Frauen 86; j) Schülerinnen über 14 Jahre 34; k) Schülerinnen unter 14 Jahre 28. — Hinsichtlich liegen die Dinge bei der Stadtbibliothek und der Landeswandrähererei. Dieser starke Zustrom von Lesern, die dem Buche innerhalb weniger Monate neu gewonnen wurden, führt die Direktion und die Beamten unserer öffentlichen Buchereien, bei ihrem kulturellen Bestreben, für das Allgemeinwohl auf den von der Bücherverwaltung beschrittenen Bahnen planmäßig weiterzugehen. Es erhellt aus diesem Zustrom andererseits, wie untragbar gerade auf diesem kulturellen Arbeitsgebiete ein Angestelltenabbau wäre; alle Schichten der Bevölkerung beweisen vielmehr ein großes Interesse an der Erhaltung und am weiteren Ausbau dieser Einrichtungen, speziell unserer staatlichen öffentlichen Bibliotheken. Ohne planmäßige Volksbildung ist kein Fortschritt möglich.

Eine Bekanntmachung über Vorauszahlungen der Einkommen- und Körperschaftsteuern befindet sich im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe.

Amerikanische Hilfe für deutsche Kinder. Berliner Blättermeldungen zufolge, hat das amerikanische Hilfskomitee für deutsche Kinder (Ausschuß des Generals Allan) den Beschluß gefaßt, vom 1. März ab täglich 1 Million deutscher Kinder mit je einer Mahlzeit zu versehen. Bisher wurden 650 000 Kinder von der

Öffentliche Wähler-Versammlungen.

Heute, den 9. Februar, abends 7 1/2 Uhr: im Gesellschaftshaus „Marli“, Marlistraße im „Einsegl“, Einseglstraße in „Adlershorst“, Rabeburger Allee.

„Vor der Entscheidung.“

Jeder politischen Partei 1/2 Stunde Redezeit!

Redner: A. Biedermann-Hamburg, Paul Löwig, A. Haut, H. John.

Wähler und Wählerinnen erscheint in Massen.

Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

Kommission zersplit. Die Erhöhung der Hilfsstätigkeit soll ohne Inanspruchnahme deutscher Lebensmittel aus den großen amerikanischen Vorräten in Hamburg durchgeführt werden. Die Lebensmittel sollen durch 1800 Verteilungsbureaus an 6000 Stellen gesandt werden.

Auslandsliegenschaften. Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe hat das Jugendamt, die Deutschnationale auf eine Personifizierung hinzuwirken, die durch die Benutzung der Food Packages Organisation gewährt wird. Es handelt sich bei dieser Organisation um die Verendung von Lebensmitteln von Deutschen Amerikanern an Verwandte und Bekannte in der alten Heimat. Diese Pakete kosten für den Spender 10 Dollar. Durch günstigen Einkauf von Lebensmitteln ist das Amerikan-Komitee aber in der Lage, von jedem Paket 2 Dollar als Reinverdienst in die Kinderheilstätte fließen zu lassen. Es wäre wünschenswert, wenn diese Bestellformulare weite Verbreitung finden und von solchen Personen benutzt werden, die Verwandte und Bekannte in Amerika haben, von denen sie Pakete erhalten können. Das Formular muß an den Spender in Amerika eingekauft werden. Es besteht auch die Möglichkeit, daß hier anwesende Ausländer die Pakete bei dem Hamburger Bureau des Amerikan-Komitees, Ferdinandstraße 56, II, bestellen. Bestellformulare sind auf dem Jugendamt zu haben.

Meinung. Wählerversammlung. Hier fand am Donnerstag eine außerordentlich gut besuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Senator Mehrlein über die Bürgerwahlen referierte. Er verdankt den Kommunisten, die unter Führung von Frau Käthe Guttmann aus Hamburg und Frau Lina Grewe erschienen waren, nämlich dadurch das Konzept, daß er die Kommunisten scharf angriff und ihnen ihre doppelzüngige Haltung in der Arbeiterbewegung nachsagte. In der Hand von Ausprüchen von Lenin, den Zeitungen und Thesen der kommunistischen Internationale, wies Mehrlein den Kommunisten nach, daß sie von Moskau gezwungen seien wider besseres Wissen die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Ebenso schilberte Redner die reaktionären Bestrebungen der bürgerlichen Parteien und fand mit seinen Ausführungen großen Beifall. In der Diskussion sprach Käthe Guttmann aus Hamburg, der besonders schwer die Vorwürfe des Redners war, daß sie seiner Zeit — 1921 — die Werftarbeiter in Hamburg in den Streik geholt habe und sich dann perfid in Sicherheit brachte, während sie die Arbeiter ihrem Schicksal überließ. Frau Guttmann ist dann nach Rußland gegangen und hat sich, bis die Amnestie in Hamburg für diese Vorgänge eintrat, von Hamburg ferngehalten. Weiter sprach in der Diskussion der Genosse Dreger, der ebenfalls die kommunistischen Thesen auf ihren Wert zurückführte und gleichfalls die Zustimmung der Versammlung fand. Von den Demokraten sprach Herr Bok.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw. Jungsozialisten. Montag, den 11. Februar. Vortrag. Die Genossen werden gebeten zahlreich zu erscheinen. 11856

Stadtheater. Sonnabend „Blaue Blätter“ mit Max Hermann als Guban. Sonntag „Pique Dame“ von Peter Tschaikowsky. Montag für die Volksbühne: „Nedra“ von L. van Beethoven. Dienstag Aufführung der Sternchen-Romane: „Bürger Schappel“. Die Titelfarbe spielt Gilly Walter-Bühne.

Hansa-Theater heute Sonnabend 7 1/2 Uhr gelangt zum ersten Male „Doll“ Operette in 3 Akten von Hugo Fricke, zur Aufführung. Beide Komiker, Reinhold Wolf und Henry Vahl sind in Glanzrollen beschäftigt. Sonntag nachmittags 3 Uhr wird als Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen, die auch für Erwachsene gelten, „Max und Moritz“ gegeben. Sonntag und folgende Tage 7 1/2 Uhr wird „Doll“ wiederholt.

Theater und Musik.

Stadtheater. „Romeo und Julia“. Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare. Die „Jüngsten“ werden in diesem Trauerspiel die Opfer der Alten. Das kommt schon vor; auch jetzt noch, sogar in Lübeck, wie man weiß. Weil sich die Eltern freiten, müssen die Kinder sterben. Das ist „das herbe Los Juliens und ihres Roms“. So konstatiert ein Prinz am Schlusse der Dichtung, die vom Feuer ewiger Jugend durchglüht, von der Poesie einer prachtvollen Sprache verklärt wird. Mit Recht gab man ihr auch einen sehr wirkungsvollen Rahmen, den Herr Schröder entworfen hatte. Aus einer recht geglätteten Straße mit Ausblick konnten meist die übrigen Schaupläze der Handlung durch entsprechendes kleine dekorative Veränderungen gewonnen werden. Die Regie hatte mancherlei Kürzungen an dem Werk vorgenommen und dabei auch Szenen fortlassen lassen, die zum Verständnis der Geschehnisse erforderlich sind. Beispielsweise erfährt man nichts darüber, ob und weshalb der Brief des Bruders Lorenzo an Romeo, in dem Mitteilung von dem Schicksal Juliens gemacht wurde, den Adressaten nicht erreichte. Im allgemeinen fördern die Striche jedoch nicht und beschleunigten in zweckmäßiger Weise den Verlauf der Dinge. Als Romeo entfaltete Herr Fricke bemerkenswertes Temperament, das nur noch etwas geglättet werden muß. Der Sprache, die oft rauh, dann wieder ohne die genügende Modulation erklang, ist von dem jungen Künstler noch größere Sorgfalt zuzuwenden. Aber kein Romeo hätte Jugend und starkes Empfinden und erweckte Hoffnungen für die Zukunft. Dieblieb und lebenswichtig, innerlich mitleidig und warmblütig gestaltete Martha Schranzer die Julia, eine Mädchentreue voll Ansehens und hehrfühligen Verlangens. Aus der Fülle der übrigen Mitwirkenden seien die Herren Warndorf (Mercutio), Heidmann (Lorenzo) und Walther-Pöhne (Peter) sowie Frau Hohenfeld (Nurse) besonders hervorgehoben, die sehr beachtliche und gut durchgeführte Leistungen boten. Solo Rollen

war als Fräulein Caprice nicht auszuheben und kommt als Erbe für Frau Geyher-Ferrari nicht in Frage. Das Publikum nahm herzlichen Anteil an dem traurigen Schicksal von „Romeo und Julia“ und verlangte in rühmlichster Weise und Schauer, immer wieder zu sehen.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ zum Preise von wöchentlich 45 Pf., ab 10. Februar zur freien Zustellung ins Haus.

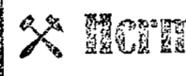
Name: _____
Wohnung: _____



Joga
Gicht
Kreuz
Jodias
Grippe
Herzschmerz
Nervenschmerzen

Joga löst die Schmerzen und hebt die Säure aus. Ausgegeben bei 31.10.1924 in allen Apotheken erhältlich. Best. 64,3% Acid. succ. succ. 4,4% Chin. 12,9% Lithium ad. 100 Amylum. (11811)

Radio-Rundfunk:



Hermann Blumck, G. m. b. H.
Mühlenstraße 34 (11808)

Liefert preiswert, prompt und gut
sämtliche Brenn-Materialien.

Bruno Riep, Elektrische Anlagen

Fernsprecher 844, Mühlenstraße 69.
Reparaturen sofort. (11797)

KINDERWAGEN

Promenaden- und Klappwagen
in großer Auswahl. (11814)

C. Bliesath Wwe., Inh.: CARL LANDWEHR

Fernruf 2104, Lübeck, Sandstraße 3.

Schuhhaus Zentrum

Marktmiete 2
Große Auswahl in einfachen und modernen Formen.
Nicht der billigste Preis, sondern die gute Qualität bei bestem Preis ist das Vertriebsziel.

11830 W. Ludwig.

Gemeinnützige Bekleidungs-Gesellschaft

Sundestr. 40/51 Fernruf 2451
bietet sichere Gewähr für
preiswerte, preisvolle Ausführung aller Bekleidungen. (11800)

Maab & Co.

Kohle — Koks
Kohle — Briquets

Spanetti

die beste Milch-Schokolade

Selbstschutz bei Erkältungen. Durch Aufkochen mit 1 l Wasser, etwas Zucker und 50 g echten Jodol-Extrakt, in jeder Apotheke erhältlich, können Sie sich eine sicher wirkende Dufteinstellung selbst herstellen. Jeder Einzelstück: Adler-Apothek, Mengstraße 10. (11796)

Hansa-Theater

Reinhold Wolf u. Henry Vahl
wirken in zwei Paraderollen auf in
„Dolly“
Operette in 3 Akten von Hugo Fricke
Komponist von (11853)
Fürst von Pappenheim, Scheidungsreise usw.

Vorverkauf: In den Jagarngeschäften von G. Buse, Breite Str., G. G. Johannist., Köhlich, G. G. Polster, u. Schüsselbuden, Holtzenhaus u. an der Theaterkasse von 11-1 Uhr und ab 5 Uhr.

